



Seit 1995 **GRAZ** [mit]gestalten
für eine Gesellschaft der Vielfalt

MigrantInnenbeirat der Stadt Graz

IMPRESSUM

HERAUSGEBER und MEDIENINHABER

MigrantInnenbeirat der Stadt Graz

Keesgasse 6, 8010 Graz

Tel.: +43 316 872-2191

E-Mail: mb.graz@stadt.graz.at

Web: www.graz.at/migrantinnenbeirat

REDAKTION

Joachim Hainzl, Godswill Eyawo, Barbara Kober

GRAFIK & LAYOUT

/ andereseiten / grafik. layout – Andreas Brandstätter

JUBILÄUMSLOGO

Amir Kozman

1. Auflage November 2015

Mit Unterstützung durch:



Inhaltsverzeichnis

Vorwort Bürgermeister Siegfried Nagl	04
Vorwort Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner	05
Vorwort Jakša Buljubašić, Vorsitzender des MigrantInnenbeirates	06
Vorwort Godswill Eyawo, Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates	07
1990–1995: Die Vorgeschichte	09
Von der Grazer Flüchtlingsresolution zum »Ausländerbeirat«	
1995–2003: Die 1. Beiratswahl und die 1. Arbeitsperiode	15
Lehrreiche, erfolgreiche erste Jahre	
2003–2008: Die 2. Arbeitsperiode	29
Für echte politische Mitbestimmung	
2008–2013: Die 3. Arbeitsperiode	41
Erstmals eine Frau an der Spitze des Beirates	
seit 2013: Die 4. Arbeitsperiode	51
Für eine zeitgerechte Weiterentwicklung des Beirates	
Wahlergebnisse	58
Beiräte und Beirätinnen 1996–2015	60
MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle	63



Mag. Siegfried Nagl
Bürgermeister der Stadt Graz

Der MigrantInnenbeirat steht vor großen Herausforderungen. Es werden auf Grund der Flüchtlingsströme mehr Menschen denn je in Graz von ihm vertreten werden müssen. Mit den syrischen und irakischen Flüchtlingen kommen ganz neue Gruppen hinzu. Trotzdem gibt es ein Strukturproblem, das bei der Gründung des Beirats vor 20 Jahren, noch niemand erahnte. Immer mehr Gruppen von Zuwanderern fallen nicht in den Kompetenzbereich des Beirats, denn EU-BürgerInnen dürfen an den regulären Kommunalwahlen teilnehmen und sind so, obwohl Zuwanderer, nicht teil des Beirats. Daher muss der Beirat seine Statuten neu diskutieren, damit der MigrantInnenbeirat „DAS“ Vertretungsgremium der Neu-GrazerInnen bleibt.

Mit dem Jahresbericht gibt der MigrantInnenbeirat jährlich einen Überblick über seine Aktivitäten und gibt uns Empfehlungen für unsere politischen Entscheidungen. Dieser Jubiläumsbericht ist ein ganz besonderer.

Danke für diesen, der mit noch mehr Interesse gelesen werden wird und viel Erfolg im kommenden Jahr und in den nächsten 20 Jahren.

A handwritten signature in black ink, reading 'Siegfried Nagl' in a cursive script.



Kurt Hohensinner, MBA

Integrationsstadtrat der Stadt Graz

Der MigrantInnenbeirat feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen und kann damit auf zwei Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit zurückblicken.

Die Stadt Graz war damals und ist noch heute Vorreiter, wenn es darum geht, Menschen mit Migrationshintergrund, die keine EU-Bürger sind, eine Stimme auf kommunaler Ebene zu geben.

Mitte der 90er Jahre gab es eine Welle an Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die nach Österreich kamen mit dem Ziel, sich hier eine Zukunft aufzubauen.

Dieser großen Zahl von Menschen gab man mit dem Stimmrecht zum MigrantInnenbeirat (damals noch Ausländerbeirat) die Möglichkeit, sich in der neuen Heimat einzubringen und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

Ich danke dem MigrantInnenbeirat Graz für seine kritische und hilfreiche Stimme für die Anliegen der zugewanderten Grazerinnen und Grazer und vor allem für die wertvolle Unterstützung bei der Umsetzung der Integrationsarbeit in Graz.

Die Arbeit und die Bedeutung des MigrantInnenbeirates werden auch in Zukunft weiter an Wichtigkeit gewinnen. Dafür und für viele andere Projekte wünsche ich schon jetzt den größtmöglichen Erfolg und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit für das Zusammenleben und Wohlergehen in unserer Stadt.

A handwritten signature in black ink that reads "Kurt Hohensinner". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.



Jakša Buljubašić
Vorsitzender des MigrantInnenbeirates

Ich kam im Herbst 1995 nach Graz und meine erste Wohnadresse war am Griesplatz. Ich kam ohne Deutschkenntnisse, was mir zu Beginn auch keine Probleme bereitete, da ich Sänger bin und die Musik eine Sprache ist, die jeder versteht.

Im selben Jahr wurde auf Initiative des damaligen Stadtrates Helmut Strobl mit Unterstützung des damaligen Bürgermeisters Alfred Stingl der erste Ausländerbeirat in Österreich gegründet.

Mein Deutsch verbesserte sich allmählich und die Stadt, in der ich meine Familie gründete, wuchs langsam aber sicher und es änderte sich zugleich seine EinwohnerInnenstruktur.

Ich lernte neue Menschen und neue Freunde kennen und begriff, dass viele von ihnen nicht das gleiche Glück hatten wie ich. Sie standen vor großen Problemen wie z.B. die Nostrifizierung ihrer Zeugnisse aus dem Heimatland, schlechte Deutschkenntnisse, keine bzw. schlechte Arbeitsaussichten, noch dazu viele Vorurteile und Misstrauen, die ihren Alltag bestimmten.

Ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen, dass der Großteil aller Migrantinnen und Migranten das Beste für die Umgebung, in der sie ihre neue Heimat gefunden haben, geben möchte. Sie wünschen zudem, gleichgestellte Teilnehmer und Teilnehmerinnen in der Gesellschaft zu sein.

Andererseits sollte die Gesellschaft, welche MigrantInnen und Migranten aufnimmt, in ihnen auch das hohe menschliche Potential erkennen und ihnen dabei helfen, dieses weiter zu entwickeln und so zur weiteren Prosperität beizutragen.

Der MigrantInnenbeirat der Stadt Graz hat in den 20 Jahren seiner beratenden Tätigkeit und Hilfe in Bezug auf die Probleme der Migrantinnen und Migranten immer versucht, für sie eine Brücke zu den politisch Verantwortlichen der Stadt zu bilden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei den bisherigen Beiräten und Beirätinnen und der Führung des Beirates für die ausgezeichnete Arbeit, sowie den PolitikerInnen und AktivistInnen für ihre Unterstützung danken.

Wir sind aktuell ZeugnInnen, wie schnell und unvorhergesehen Millionen von Menschen auf der Suche nach Frieden und Sicherheit ihre Heimat verlassen und es ist schwer vorherzusagen, in welchem Ausmaß uns Flüchtlinge in Zukunft erreichen werden.

Unsere Stadt kann sich dieser Bewegung nicht verschließen und so ist zu erwarten, dass die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund auch in Graz in Zukunft ansteigen wird. Mehr als je zuvor stehen wir vor einer Menge an unbeantworteten Fragen, welche gut durchdachte und geplante Aktivitäten erfordern.

Ich bin mir sicher, dass der MigrantInnenbeirat in Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen auch in den nächsten Jahren ein nützlicher und verlässlicher Partner sein wird.



Mag. Godswill Eyawo, MA
Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates

Im November 1995, genau vor 20 Jahren, fand in Graz die erste Wahl zum MigrantInnenbeirat (damals Ausländerbeirat) statt. Ich kam 18 Monate zuvor nach Österreich. Voller Begeisterung für diese politische Teilhabechance gab ich meine Stimme bei der Wahl ab und mobilisierte Freundinnen und Freunde, sich auch zu beteiligen. Als Neuzuwanderer war für mich diese Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung für MigrantInnen sehr bedeutsam.

Mit der Gründung des MigrantInnenbeirates schaffte Graz als erste Stadt Österreichs eine Form der politischen Mitbestimmung für zugewanderte Menschen. So ist es den gewählten BeirätInnen möglich, durch Anregungen und Vorschläge geringfügigen Einfluss auf Entscheidungsfindungsprozesse in der Kommunalpolitik zu nehmen. Diese Form der politischen Partizipation ist ein wichtiger erster Schritt in der Einbindung von MigrantInnen, sie ist jedoch kein Ersatz für das kommunale Wahlrecht jener mehr als 28.000 MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern, die heute in Graz leben. Ein Großteil von ihnen hat ihr Zuhause und somit den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen in Graz gefunden. Für sie ist das Wahlrecht das wichtigste Instrument der politischen Mitbestimmung.

Der MigrantInnenbeirat kann rückblickend in vieler Hinsicht Erfolge vorweisen, so z. B. die Mitwirkung bei der Errichtung des Integrationsreferates oder der Öffnung des Zuganges zu Gemeindewohnungen für MigrantInnen. Er hat in diesen 20 Jahren Graz aktiv mitgestaltet und zu einem friedlichen Zusammenleben in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft beigetragen.

Ich hatte die Möglichkeit, bereits 1994/95 im „Multikulturellen Arbeitskreis“ und auch in den Jahren

nach seiner Gründung bei der Weiterentwicklung des Beirates mitzuarbeiten. Jetzt, 20 Jahre später, freue ich mich, dass ich als Geschäftsführer bei der Erstellung dieses Jubiläumsberichtes mitwirken konnte.

Der vorliegende Bericht ist ein Versuch des MigrantInnenbeirates zurückzublicken, seine Geschichte, Erfolge und Misserfolge, zu erzählen. Er fasst einerseits die Tätigkeiten und die Meilensteine des Beirates in den letzten 20 Jahren zusammen und gewährt andererseits Einblick in seine Entwicklungsphasen.

Mein Dank gilt den vielen Personen, die dazu beigetragen haben, dass der MigrantInnenbeirat heute eine Realität in Graz ist. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang Herrn Altbürgermeister Alfred Stingl und den ehemaligen Grazer Kulturstadtrat DI Helmut Strobl.

Danke auch allen bisherigen und jetzt amtierenden Beiräten und Beirätinnen, dem ehemaligen Geschäftsführer und den einstigen und aktuellen Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle, welche alle die Idee und wichtigen Aufgaben des MigrantInnenbeirates seit seiner Gründung mitgetragen haben.

Ich bedanke mich auch bei meinen KollegInnen im Redaktionsteam, Joachim Hainzl und Barbara Kober, für die gute Zusammenarbeit.

Dem MigrantInnenbeirat wünsche ich eine gute weitere Entwicklung.



**Eine Demokratie erster Klasse darf sich keine
BürgerInnen zweiter Klasse leisten.**

Martin Luther King Jr.

1990–1995: Die Vorgeschichte

Von der Grazer Flüchtlingsresolution
zum »Ausländerbeirat«

Von der Grazer Flüchtlingsresolution zum »Ausländerbeirat«

1990–1995: Die Vorgeschichte

„Das Beispiel des Grazer Ausländerbeirates macht erfreulicherweise Schule, und es wird in Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein, dass größere Städte und Gemeinden, einer notwendigen geistigen Offenheit und demokratischen Gesinnung entsprechend, ausländischen MitbürgerInnen die Möglichkeit eines institutionalisierten Umganges mit politischen und beamteten RepräsentantInnen schaffen.“ (Alfred Stingl, Grazer Bürgermeister, 1998) [1]

Am 6. Juli 1995 wird die Einrichtung des „Ausländerbeirates“ im Grazer Gemeinderat (ohne die Stimmen der FPÖ) als Interessensvertretung von und für AusländerInnen in Graz beschlossen. Als erste Stadt Österreichs, welche sich in dieser Form für die Einbindung der ZuwanderInnen engagiert, nimmt Graz so eine Vorreiterrolle ein.

Dass es überhaupt soweit kommt, dazu braucht es einen mehrjährigen Diskussionsprozess über die demokratische Beteiligung von AusländerInnen in Graz und ein hohes Engagement einzelner StadtpolitikerInnen für MigrantInnen.



Alfred Stingl (Grazer Bürgermeister 1985–2003)
und Helmut Strobl (Grazer Stadtrat 1985–2001)

Der „Multikulti Arbeitskreis“

Als fruchtbares Forum für die Diskussionen, Planungen und konkrete Ausarbeitung der Inhalte, Aufgaben und Form des Ausländerbeirates erweist sich der vom damaligen ÖVP-Kulturstadtrat Helmut Strobl eingesetzte „Multikulti Arbeitskreis“. Dieser soll „zur Beratung des Kulturstadtrates Strobl in

•
• [1] Tätigkeitsbericht 1997-98, S. 2

Sachen Bewahrung und Förderung der kulturellen Identität in Graz lebender ethnischer Minderheiten“ dienen [2]. Dem Arbeitskreis voraus geht die im Gemeinderat einstimmig beschlossene Flüchtlingsresolution, die bereits 1990 vom Grazer Friedensbüro ausgearbeitet wird und ein Kapitel über die interkulturelle Identität von Flüchtlingen enthält.

Helmut Strobl: „Edith Glanzer (Anm.: damals Geschäftsführerin der Grazer NGO ZEBRA) hat den Arbeitskreis geleitet, der im Afro-Asiatischen Institut angesiedelt war. Der multikulturelle Arbeitskreis hat drei Ideen entwickelt: Multikulti-Ball, Multikulturelles Zentrum (jetziges Auschlößl) und einen Ausländerbeirat nach Kasseler Modell. Die Ideen stammten von den MigrantInnen und Bürgermeister Stingl hatte ein offenes Ohr.“ [3]

Im „Multikulti Arbeitskreis“ kommt es über die Jahre zu einem engagierten Austausch von PolitikerInnen, MitarbeiterInnen in der Verwaltung, VertreterInnen von NGOs und WissenschaftlerInnen. Angesichts dieses positiven Beispiels eines Netzwerkes merkt Barbara Laminger (damals Ausländerberatungsstelle im Magistrat Graz) an: „Früher hat es viel mehr Austausch, auch zwischen den einzelnen Einrichtungen, gegeben. Jetzt kämpft jeder für sich und diese Art des Austausches ist gänzlich verloren gegangen.“ [4]

Zu dieser Zeit beträgt der Anteil der in Graz lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen rund 5% (Volkszählung 1991). Der Großteil der neu Zugewanderten stammt – bereits vor Ausbruch der Jugoslawienkriege (ab 1991) – aus dem damaligen Jugoslawien. Daneben nimmt in der steirischen Hauptstadt die Zahl der MigrantInnen aus afrikanischen und asiatischen Staaten zu.



Barbara Laminger (ehem. Leiterin der Ausländerberatungsstelle im Magistrat Graz), Edith Glanzer (ehem. Geschäftsführerin des Vereins ZEBRA)

Strukturaufbau zu „Ausländerfragen“ für Grazer Stadtpolitik und -verwaltung

Angesichts dieser zunehmenden Zuwanderung aus dem Ausland beginnt sich die Stadtpolitik 1992 intensiver mit dem Thema von AusländerInnen in Graz zu beschäftigen. Ziel ist die Einrichtung einer „Arbeitsgruppe für Ausländerfragen“ im Magistrat, ein Arbeitsausschuss im Gemeinderat und die Installation eines/einer „Ausländerbeauftragte/n“ (analog zur Frauenbeauftragten, die 1986 in Graz erstmals in einer österreichischen Stadt eingeführt wird). Diese Person soll GesprächspartnerIn für die MigrantInnen in Graz sein und aufgrund der Querschnittsmaterie in alle Verwaltungsbereiche hineinwirken können.

Konfrontiert ist die Politik jedoch nicht nur mit einer Zunahme von Zuwanderung, sondern auch mit einer FPÖ, welche österreichweit unter der Führung

[2] Protokoll des „Multikulti Arbeitskreises“, 16.2.1994

● [3] Gesprächsrunde 16.6.2015

● [4] Gesprächsrunde 16.6.2015

von Jörg Haider ihre gegen AusländerInnen und Zuwanderung gerichtete Politik intensiviert. Das von der Freiheitlichen Partei initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“ wird im Jänner 1993 von 416.531 Menschen bzw. 7,35 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt.

MigrantInnen werden selbst aktiv

Entscheidend für die letztendliche Realisierung des AusländerInnenbeirates ist im Mai 1992 der Entschluss des „Multikulti Arbeitskreises“, VertreterInnen migrantischer Gruppierungen und Vereine einzuladen. Dies erfolgt trotz der Bedenken, dass die Arbeitsfähigkeit des Arbeitskreises unter mehr TeilnehmerInnen leiden könnte. Zwar sind damit nun auch MigrantInnen in diesem Arbeitskreis vertreten, dennoch fällt es ihnen nicht leicht, sich aufgrund des Informationsvorsprungs der übrigen TeilnehmerInnen aktiv einzubringen.

Daher bilden die migrantischen Mitglieder des Arbeitskreises (wie etwa VertreterInnen ungarischer, kurdischer, türkischer, ägyptischer, bosnischer und rumänischer Vereine) ergänzend einen eigenen migrantischen Arbeitskreis, um ihre Themen intern vorzubesprechen.

Nachdem im Mai 1993 Kheder Shadman (der spätere langjährige Geschäftsführer des Beirates) und Nassim Sadaghiani eine migrantische „Initiative zur Schaffung einer AusländerInnenvertretung“ vorstellen, wird die Einrichtung dieses Ausländerbeirates nach dem Vorbild der deutschen Stadt Kassel bereits 1993 von den Parteien im Grazer Gemeinderat befürwortet. Ausdrücklich betont wird von den Beteiligten, dass dieser Beirat als Vorstufe für das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen in der Stadt angesehen wird. Edith Glanzer im Rückblick: „Im Arbeitskreis hat man den Ansatz verfolgt, dass MigrantInnen für sich sprechen. Sie sollten, nachdem sie vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, politische AkteurInnen werden. Die Schlüsselidee war, dass die MigrantInnen ihre VertreterInnen selbst wählen und selbst bestimmen können.“ [5]

Bereits damals große migrantische Vereinsvielfalt

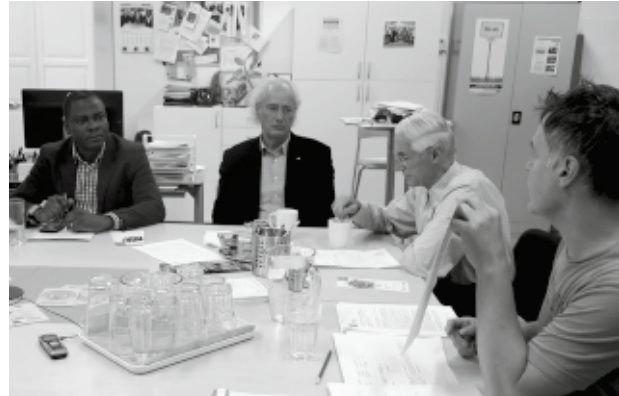
Die demokratische Legitimation durch eine Direktwahl ist auch von der Stadt Graz gewünscht. Verworfen wird somit die anfangs eingebrachte Idee eines Dachverbandes von AusländerInnenvereinen, bei dem jeder Verein VertreterInnen entsendet. Wie lebendig die migrantische Vereinslandschaft in Graz bereits damals ist, zeigt eine Erhebung von 1994,

Der „Multikulti Arbeitskreis“ im Afro-Asiatischen Institut





Waren bereits im „Multikulti Arbeitskreis“ aktiv dabei – der ehemalige und der aktuelle Geschäftsführer des Beirates: Kheder Shadman und Godswill Eyawo



Gesprächsrunde zu den Anfängen des Beirates. v.l.n.r.: Godswill Eyawo (Geschäftsführer MigrantInnenbeirat), Helmut Strobl (ehem. Stadtrat), Alfred Stingl (ehem. Bürgermeister), Joachim Hainzl (Verein XENOS)

welche Adressen von 32 migrantischen Vereinen aufgelistet. Da sie jedoch alle finanzielle Probleme haben und es ihnen zum Großteil an Räumlichkeiten für Aktivitäten und Treffen fehlt, überlegt man die Einrichtung eines Multikulturellen Zentrums. Als zentrale Koordinationsstelle für Vereine sollte dieses ein gut ausgestattetes Büro haben, wo man Veranstaltungen planen, Beratung anbieten und die Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft vertiefen kann.

Im Dezember 1993 wird im Grazer Rathaus eine erfolgreiche internationale Enquete zur Realisierung eines AusländerInnenbeirates durchgeführt. Bereits im April 1994 wartet die Wahlvorbereitungsgruppe aus ZuwanderInnen und NGOs darauf, dass der Antrag zur Einsetzung des Ausländerbeirates endlich im Gemeinderat eingebracht wird. Es wird jedoch noch über ein Jahr dauern, bis das bereits lange fertige Grundkonzept im Juli 1995 als Grundsatzbeschluss im Gemeinderat beschlossen wird.

Die vor 20 Jahren darin beschriebenen Rechte und Aufgaben des Ausländerbeirates ähneln dabei stark jenen, die sich bis heute in der Geschäftsordnung des mittlerweile zum MigrantInnenbeirat umbenannten Gremiums wieder finden. Bereits bei der Gründung ist klar, dass der Ausländerbeirat mit seiner bloßen Beratungsfunktion nicht sehr schlagkräftig sein kann. So analysiert der damalige Stadtrat Strobl in der Rückschau: *„Ich hätte mir für den Beirat mehr Rechte gewünscht. Er sollte gleich viel Rechte haben wie ein Bezirksrat. Und mehr Budget.“* [6]

Durch die Entwicklungen in Osteuropa und die verheerenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien erhöht sich der Anteil der in Graz lebenden ausländischen MitbürgerInnen (unter ihnen alleine mehr als 3.000 Flüchtlinge aus Jugoslawien) innerhalb weniger Jahre stark. Im Gründungsjahr des Beirates 1995 sind 10,04% der Wohnbevölkerung AusländerInnen. [7]

[5] Gesprächsrunde 16.6.2015

[6] Gesprächsrunde 16.6.2015

● [7] Stichtag 6.3.1995, laut Statistik der Mag. Abt. 18, siehe: Ausländerbeirat als
 ● beratendes Gremium für die Stadt Graz – Grundsatzbeschluss, 6.7.1995

Insofern wird die Einrichtung des AusländerInnenbeirates auch als kommunaler Beitrag zum sozialen Frieden betrachtet: „Im Zusammenhang mit der Integration von AusländerInnen sind es gerade die Kommunen, die hier direkt betroffen sind und die im unmittelbaren Lebensbereich ausländischer MitbürgerInnen den größten Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens leisten müssen. (...) Der

Ausländerbeirat soll ausländischen MitbürgerInnen die Chance geben, ihre Anliegen selbst zu vertreten, um nicht weiterhin von anderen, meist nicht Betroffenen vertreten werden zu müssen. Ebenso sollen PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen durch die Einrichtung eines Beirates Informationen und Anregungen aus der Sicht Betroffener vermittelt bekommen.“ [8]

Aufgaben des Beirates

- a) Der Beirat soll als Informationsorgan den ausländischen MitbürgerInnen die Gesamtinteressen der Stadt Graz darlegen.
- b) Der Beirat soll durch seine Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen eine beratende Funktion gegenüber den beschlussfassenden Organen der Stadtverwaltung übernehmen.
- c) Der Beirat soll die Interessen der ausländischen BewohnerInnen in Graz wahren und sichern.
- d) Der Beirat soll sich für ein besseres Zusammenleben zwischen der österreichischen Bevölkerung und den ausländischen MitbürgerInnen einsetzen.
- e) Der Beirat soll ausländische Gruppierungen, Vereine und MitbürgerInnen über seine Tätigkeit informieren.

Rechte des Beirates

- a) Der Beirat hat das Recht, schriftliche Stellungnahmen und Vorschläge zu Angelegenheiten, die die Interessen der AusländerInnen in Graz betreffen, abzugeben. Diese Eingaben sind verbindlich in Bearbeitung zu ziehen und innerhalb angemessener Zeit zu beantworten, auch wenn dem Anliegen nicht entsprochen werden kann.
- b) Der Beirat hat das Recht, die Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der relevanten Ausschüsse routinemäßig übermittelt zu bekommen.

- c) Der Beirat hat das Recht, bei Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die im Zusammenhang mit Angelegenheiten, die ausländische MitbürgerInnen berühren, die im Zusammenhang mit Angelegenheiten, die ausländische MitbürgerInnen berühren, von der Stadt Graz abzugeben sind, beratend mitzuwirken.
- d) Der Beirat hat das Recht, in die Planung von Initiativen und Projekten, die ausländische MitbürgerInnen berühren, durch die Stadtverwaltung beratend einbezogen zu werden.
- e) Der Beirat hat das Recht, Informationen, die für ausländische MitbürgerInnen von besonderem Interesse sind, von der Stadt Graz einzuholen, sofern dem nicht Amtsverschwiegenheit oder Datenschutz entgegenstehen. Dies kann durch direkte Anfrage bei den entsprechenden Organen bzw. den Dienststellen des Magistrates geschehen. Zur besseren Wahrnehmung der Aufgaben und Rechte des Beirates wird ein eigener Gemeinderatsausschuss für die Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen eingerichtet, wo VertreterInnen des Beirates im Sinne der Geschäftsordnung für den Gemeinderat beratend beigezogen werden können. Die geschäftsführende Stelle ist die bisherige AusländerInnenberatungsstelle bzw. das Referat für Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen im Sozialamt.

(aus dem Grundsatzbeschluss des Grazer Gemeinderates vom 6. Juli 1995)

•
•
• [8] Ausländerbeirat als beratendes Gremium für die Stadt Graz - Grundsatzbeschluss, 6.7.1995

1995–2003: Die 1. Beiratswahl und die 1. Arbeitsperiode

Lehrreiche, erfolgreiche erste Jahre

Lehrreiche, erfolgreiche erste Jahre

1995–2003: Die 1. Beiratswahl und die 1. Arbeitsperiode

„Graz ist schon längst eine multikulturelle Stadt. Vor einigen Jahren haben die Grazer PolitikerInnen hohe Sensibilität und Feingefühl gezeigt, als sie im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung die Einrichtung eines Ausländerbeirates (...) in die Wege leiteten. (...) Da der Grazer Ausländerbeirat noch immer ein junges Gremium ist, geschehen selbstverständlich da und dort auch Fehlschritte. Wir sind aber bemüht, unsere Arbeit bestmöglichst zu erledigen.“ (Milan Bionda, Beiratsvorsitzender 1997–2003, im Juni 1999) [9]

Zwar gibt es nun, im Jahr 1995, einen Grundsatzbeschluss des Grazer Gemeinderates für die Bildung eines Ausländerbeirates in Graz, dennoch fehlt noch eine klare gesetzliche Basis. So findet die erste Beiratswahl unter schwierigen Bedingungen statt. Aufgrund des Datenschutzes gibt es keine Möglichkeit, dass die Stadt Graz offiziell die in Graz lebenden AusländerInnen über ihr Wahlrecht informiert. Weiters kann man nur in der Ausländerberatungsstelle des Magistrates, die 1991 im Sozialamt zur Betreuung von AsylwerberInnen im Rahmen der Sozialhilfe eingerichtet wurde, die Stimme abgeben. Vorbereitet wird die Wahl von den Grazer Beratungseinrichtungen ZEBRA, ISOP, Caritas, Friedensbüro

und Afro-Asiatisches Institut, welche zudem die Wahlkommission bilden. Dazu kommt die Ausländerberatungsstelle des Magistrates und soweit möglich die Unterstützung anderer Magistratsabteilungen.

Graz erste österreichische Stadt mit Ausländerbeirat

Graz – Als erste österreichische Stadt hat Graz am vergangenen Sonntag und Montag einen Ausländerbeirat gewählt. „Ein positiver Schritt zu einer neuen Partnerschaft“, ist Bürgermeister Alfred Stingl überzeugt.

Die Mitglieder des siebenköpfigen Gremiums setzen sich aus drei Vertretern der Kurdischen Liste und je einem Mandatar der Anatolischen, 1. Afrikanischen, Bosnischen sowie der Kroatischen Liste zusammen.

Der ordnungsgemäß gewählte und „nicht von den höheren Weihen des Gemein-

derates bestimmte Beirat“ (Stingl) wird ab Jänner 1996 seine Tätigkeit aufnehmen und dem Stadtparlament „beratend“ zur Seite stehen.

Von den 24.891 Wahlberechtigten aus 122 Nationen beteiligten sich allerdings nur 825 an der Wahl. In diesem Zusammenhang forderte Stingl vom Bund eine Änderung des Datenschutzgesetzes. Derzeit sei der Zugang zu den Adressen ausländischer Mitbürger unmöglich, Wahlwerbung entsprechend schwer und „somit ihre politische Rechtllosigkeit faktisch festgeschrieben“. (ber)

Der Standard, 24.11.1995

- [9] Jahresbericht 1997/98, S. 3
- [10] Grundsatzbeschluss 6.7.1995

26.–27. November 1995:
Die erste Beiratswahl

Zur Wahl antreten können Listen nach beliebigen Kriterien, das heißt, „es können sich Personen einer Volksgruppe, eines Vereines, nach politischer Ausrichtung aber auch unabhängige Einzelpersonen zusammenfinden und eine Liste bilden.“ [10]

Um für den Ausländerbeirat kandidieren zu können, muss man seit mindestens sechs Monaten in Österreich leben. Um wählen zu dürfen reichen drei Monate Aufenthalt im Land.

Aufgrund der beschriebenen schwierigen Bedingungen ist die sehr geringe Wahlbeteiligung von 3,14% nicht sehr überraschend. Da die Wahlwerbung hauptsächlich über Kontakte zu Vereinen, Organisationen und bei Veranstaltungen durchgeführt wird, erreichen bei der Wahl schließlich jene Communities mit einem höheren Organisationsgrad auch die meisten Stimmen (etwas, das sich in der Zukunft wenig ändern wird). Diese Listen definieren sich alle nach der Herkunft bzw. über ihr Zugehörigkeitsgefühl zu einer „ethnischen“ Gruppe. So entfallen 27% der Stimmen auf die kurdische, 17% auf die bosnische, 14% auf die kroatische, 13% auf die

STIMMZETTEL
für die
Wahl des Ausländerbeirates
in der Landeshauptstadt Graz, am 26. und 27. November 1995

Liste Nr.	Für die gewählte wahlwerbende Gruppe im Kreis ein X einsetzen!	Kurzbezeichnung	Bezeichnung der wahlwerbenden Gruppe
1	<input type="radio"/>		Anatolien Liste
2	<input type="radio"/>	AML	Arabische-Mittelmeer Liste
3	<input type="radio"/>		Bosna
4	<input type="radio"/>		Dialog
5	<input type="radio"/>	EAL	Erste Afrikanische Liste
6	<input type="radio"/>		Kroatische Liste
7	<input type="radio"/>		Kurdische Liste für Gerechtigkeit
8	<input type="radio"/>	LIFE	Liste Internationaler Frauen
9	<input type="radio"/>		Zukunft



Die konstituierende Beiratssitzung am 25. Jänner 1996

anatolische und 11% auf die afrikanische Liste. Neben sechs Listen, welche sich über geographische oder „ethnische“ Zugehörigkeitsgefühle definieren, treten eine „Liste Internationaler Frauen“ an und mit programmatischen Namen die Listen „Dialog“ und „Zukunft“. Letztgenannte drei Listen können jedoch keinen der sieben Beiratssitze erlangen. Bereits damals zeigt sich zudem, dass sich vor allem jene migrantischen Gruppen besonders für die Arbeit im Beirat engagieren, welche eher unter sozialen Benachteiligungen oder Diskriminierungen zu leiden haben. So sind – obwohl laut Statistik sehr wohl zahlreich in Graz anwesend – MigrantInnen aus amerikanischen Staaten ebenso wenig vertreten wie etwa MigrantInnen aus Polen oder Slowenien.

1996: „...es war ein Jahr des Lernens“ [11]

Anfang 1996 geht es dann so richtig los. Im Jänner wird der bereits zuvor sehr engagierte Kheder

Shadman in einem Hearing zum Geschäftsführer bestellt und Fred Ohenhen (von der 1. Afrikanischen Liste) in der konstituierenden Sitzung am 25. Jänner 1996 zum ersten Vorsitzenden gewählt.

In den kommenden Monaten benötigt der Beirat viel Zeit und Energie zum Aufbau seiner Strukturen. Diese Aufgaben reichen von der Suche nach geeigneten Beiratsräumlichkeiten über die Sicherung des Budgets, von der Definition von Ausschüssen bis hin zur Bildung eines eigenen Vereins zur Absicherung als Rechtspersönlichkeit. Da die gewählten Beiräte (es sind in der ersten Arbeitsperiode ausschließlich Männer) überwiegend Neulinge auf dem Gebiet der kommunalen politischen Arbeit sind, sind sie vor enorme Herausforderungen gestellt. Sie müssen das hohe Arbeitspensum ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit neben ihrer Erwerbsarbeit bewältigen. Erst im September 1996 wird, so wie in Deutschland üblich, zumindest ein Sitzungsgeld für die beinahe alle zwei Wochen stattfindenden Treffen eingeführt.



**Fred Ohenhen (rechts),
Beiratsvorsitzender bis April 1997**



**Folgt 1997 Ohenhen als neuer
Beiratsvorsitzender: Milan Bionda**

•
• [11] Fred (Friday) Ohenhen in Jahresbericht 1996, S. 2

Komplexe Verwaltungsabläufe und politische Mechanismen in der Stadt sollen – nicht nur sprachlich – verstanden werden. Es stellt sich schon im Laufe des ersten Arbeitsjahres des Beirates heraus, dass diese Anforderungen nicht für alle Beiräte mit ihrer persönlichen Situation vereinbar sind. So kommt es nach recht kurzer Zeit bei den Beiräten zu ersten Nachbesetzungen.

Auf den Vorsitzenden Fred Ohenhen, dem Ende 1996 die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wird, folgt ab 20. April 1997 Milan Bionda (Liste Bosna). Bezüglich der Struktur des Beirates kommt schon 1996 zu Tage, dass eine angestellte Geschäftsführung in der Öffentlichkeit teilweise zeitlich und inhaltlich stärker präsent ist als die demokratisch gewählten, ehrenamtlich tätigen BeirätInnen.

Ebenfalls wird deutlich, dass die Beiräte sich selbstverständlich hinsichtlich ihrer Interessen, Anliegen, kulturellen Zugehörigkeitsgefühle und Kommunikationsformen unterscheiden. Das Verbindende als Vertreter von „AusländerInnen“ sind die gemeinsamen Erfahrungen und das Leben unter klar benachteiligenden Bedingungen aufgrund ihrer rechtlichen Position als Nicht-EU-StaatsbürgerInnen bzw. MigrantInnen in Graz.

Hohe, falsche Erwartungen zu Beginn

Zu den enormen internen Herausforderungen an die Beiräte kommen die Erwartungen der Stadtpolitik und Beratungseinrichtungen. Ein in sechs Sprachen herausgegebener Infolyer soll dazu dienen, die bei Treffen mit MigrantInnen ebenfalls aufgetauchten Missverständnisse über die Tätigkeit des Beirates aufzuklären: „Bei den Versammlungen hat sich auch gezeigt, dass viele Menschen vom Ausländerbeirat Dinge erwarten, die wir nicht erfüllen können.“



[12] Jahresbericht 1996, S. 3



Beiratsvorsitzender Fred Ohenhen bei einer der ersten Informationsveranstaltungen

(...) Viele Hilfesuchende wenden sich an uns, mit der Bitte, ihnen eine Arbeit oder eine Wohnung zu besorgen (...) Doch obwohl wir uns natürlich für die Hilfe und Lösungen solcher konkreter Schwierigkeiten auch verantwortlich fühlen, müssen wir uns doch in erster Linie als politisches Instrument zur Verbesserung von Mitbestimmung und Mitgestaltung des Lebensraumes Graz für AusländerInnen sehen und in vielen Fällen auf geeignete Betreuungseinrichtungen verweisen.“ [12]

Sport und Kultur als Veranstaltungsfixpunkte

Mit einem ersten Fußballturnier, an dem acht Teams teilnehmen gelingt es, vor allem MigrantInnen aktiv anzusprechen.

Unter dem Titel „Wir sind alle Graz“ veranstaltet man im Dezember 1996 ein erstes Arbeitsjahr-Abschlussfest.

Durch die Einbindung zahlreicher internationaler Musik- und Tanzgruppen und weitere kulturelle Beiträge migrantischer Vereine in Graz erweist sich



Die Frauen des „Grätzel Ausländerbeirat“ beim Frauenlauf 1999



Folkloristisches bei den Jahresabschlussfesten des Beirates



Fußballturniere des Ausländerbeirates



Kunstaussstellung im Frühjahr 1997: „Damit man uns sieht“

„DAMIT MAN UNS SIEHT“ lautet der Titel einer Ausstellung des AusländerInnenbeirates der Stadt Graz, die Dienstag abend in der Fotogalerie des Rathauses, Landhausgasse 2, 1. Stock, eröffnet wurde. Gezeigt werden Fotos und Wer-

ke von Carlo Bossi, Bahrooz Hamrah Said, Georg Konstantinov, Faridun Re Shivan, Franz Rosenberger, Hasnia Taghezout, Bela Tiwaldy und Miloslav Zacko. Die Ausstellung ist bis 25. April jeweils Montag bis Freitag von 7 bis 18

Uhr geöffnet. Im Bild Bürgermeister Alfred Stögl (links) und Kulturstadtrat Helmut Strobl (3. v. l.) mit den Organisatoren Göres Kemat (2. v. l.), Saif Karabacak und Kheder Shadman (rechts) bei der Eröffnung der Schau. (Foto: Lohr)

Neue Zeit, 10.4.1997



Radfahrkurs für Frauen, September 1999

das Jahresabschlussfest als gute Möglichkeit, damit GrazerInnen mit und ohne Migrationshintergrund die kulturelle Vielfalt der Stadt Graz gemeinsam erleben und genießen können. Auch die „einheimische“ Kultur soll dabei nicht zu kurz kommen und so tanzt man zu guter Letzt „Polka und Walzer mit steirischen Klängen.“ [13] Dass sich unter den zahlreichen Gästen der Grazer Bürgermeister und mehrere Stadt- und LandespolitikerInnen befinden, zeugt außerdem von der großen kommunalpolitischen Akzeptanz, welche der Ausländerbeirat von Beginn an besitzt.

In den ersten Jahren werden sowohl die Fußballturniere und andere Sportaktivitäten als auch die vom Beirat veranstalteten Kulturveranstaltungen (mit Titeln wie: „Unser buntes Graz“ oder „Musik kennt keine Grenzen“) wichtige Fixpunkte für die Arbeit und Außenwahrnehmung des Ausländerbeirates.

Mit einer großen Kunstaussstellung von FotografInnen und MalerInnen im Frühjahr 1997 soll „die schöpferische Tätigkeit der in Graz lebenden ausländischen KünstlerInnen“ unterstützt werden. [14]

Eigene Frauengruppe

Da die wahlwerbende Frauenliste bei der ersten Beiratswahl kein Mandat erreichen konnte und auch über die anderen Listen keine Frauen in den

Beirat gewählt wurden, beginnen bereits 1996 engagierte Frauen mit dem Aufbau einer eigenen Frauengruppe. Ihre Sprecherinnen werden zwar im Jahresbericht neben den Beiräten angeführt, da sie aber nicht gewählt sind, haben sie z. B. bei Sitzungen kein Stimmrecht. Das hält die Frauengruppe nicht davon ab, in den kommenden Jahren zahlreiche Projekte von und für Frauen zu organisieren.

Diese reichen von Schwimm-, Radfahr- und Fitnesskursen sowie weiteren Sportaktivitäten (wie der jährlichen Teilnahme am 1999 erstmals veranstalteten Grazer Frauenlauf) über Deutschkurse bis hin zu gemeinsamen Feiern am Weltfrauentag und Befragungen von MigrantInnen zu ihrer Lebenssituation.

1999: Steiermark als Vorreiter

Da im Unterschied zu Deutschland weiterhin eine rechtliche Basis für die Arbeit des Ausländerbeirates in Graz und anderer geplanter Beiräte in der Steiermark fehlt, investieren die Beiräte ab 1996 viel Energie in die Lobbyarbeit mit Stadt- und LandespolitikerInnen, um eine gesetzliche Absicherung ihrer Arbeit zu erreichen. Auf Grazer Ebene bringen sie das Thema in den Jahren 1996 bis 1998 immer wieder in den „Ausschuss für Soziales und Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen“ des Gemeinderates ein, in den der Ausländerbeirat

- [13] Jahresbericht 1996, S. 9
- [14] Jahresbericht 1997/98, S. 7

FPÖ GEGEN GESETZ

Beiräte für Ausländer

Graz. – Ihr klares Nein zur gesetzlichen Verpflichtung von Ausländerbeiräten in Gemeinden hat die FPÖ deponiert. ÖVP und SPÖ wollen dazu ein Gesetz beschließen. Für FP-Klubchefin Magda Bleckmann handelt es sich hier um „keine Herzensangelegenheit“ der Gemeinden. Für das Liberale Forum sagte Christian Brünner, man gehe mit dem Kriterium, daß es Ausländerbeiräte erst ab 1000 Ausländern gibt, nicht konform, werde aber mitstimmen.

Steiermärkisches Landesgesetz zur Einrichtung von Ausländerbeiräten im April 1999

eingebunden ist. Man vernetzt sich auch verstärkt durch Besuche ähnlicher Einrichtungen, bereits 1997 in Deutschland und in den Niederlanden oder 1998 beim Linzer Ausländer-Integrationsbeirat.

Nachdem man in einer eigenen Klausur mit Unterstützung von JuristInnen einen Gesetzesentwurf für die rechtliche Basis von Ausländerbeiräten erarbeitet, ist es schließlich im April 1999 soweit: Die Steiermark beschließt als erstes Bundesland in Österreich, dass Ausländerbeiräte „in Gemeinden, in denen mehr als 1000 Ausländer ihren Hauptwohnsitz haben (...), zur Wahrung der Interessen der ausländischen Einwohner“ verpflichtend einzurichten sind und in anderen Gemeinden eingerichtet werden können.

Da Österreich 1995 der Europäischen Union beigetreten ist, hat sich seit den ersten Bemühungen um Ausländerbeiräte jedoch inzwischen die Zielgruppe geändert. Demokratisch gewählte Ausländerbeiräte sind daher nur mehr Gremien für eine bestimmte Gruppe von „AusländerInnen“ und zwar für jene Personen, die keine österreichische oder andere EU-Staatsbürgerschaft besitzen. Sie dienen daher klar als politische Interessensvertretung von und für



Austausch mit politischen VertreterInnen in der deutschen Stadt Essen, 1997

Mehr politische Mitbestimmung Beirat fordert Wahlrecht für Ausländer in Graz

Zufrieden mit dem bisher Erreichten zeigt sich der Ausländerbeirat, den es in Graz seit mittlerweile sieben Jahren gibt. Unter anderem habe man ein Landesgesetz zur Einrichtung derartiger Beiräte in allen steirischen Kommunen initiiert. Nächstes Ziel: das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer sowie Zugang zu den Gemeindefunktionen. Für beide Forderungen gibt's eine politische Mehrheit, dagegen ist nur die FPÖ.

Oktober 2002: Was noch unerreicht ist

„Drittstaatsangehörige“, welchen im Unterschied zu EU-BürgerInnen das kommunale Wahlrecht in ihren Wohnorten verweigert wird.

Obwohl bereits in den 1990er Jahren die Mehrheit der Grazer Gemeinderatsparteien einem solchem WohnbürgerInnen-Wahlrecht aufgrund seiner großen partizipativen und integrativen Funktion positiv gegenüber steht, ist die Forderung immer noch unerfüllt geblieben.

§38e Aufgaben und Befugnisse

- (1) Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner der Gemeinde. Er berät die Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen.
- (2) Die Gemeinde hat den Ausländerbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist.
- (3) Dem Ausländerbeirat sind die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel und Räumlichkeiten von der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.
- (4) Der Ausländerbeirat hat dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über die Lage der ausländischen Mitbürger in der Gemeinde zu erstatten.
- (5) Der Ausländerbeirat hat mindestens jährlich (...) Informationsveranstaltungen abzuhalten. Diese dienen der Information und Kommunikation zwischen dem Ausländerbeirat und den Einwohnern der Gemeinde.

(Gesetz vom 27. April 1999, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, die Gemeindewahlordnung Graz 1992, die Gemeindeordnung 1967 und die Gemeindewahlordnung 1960 geändert werden)

Auf Basis des steirischen Landtagsbeschlusses werden im März 2000 in Leoben und Knittelfeld Ausländerbeiräte gewählt. Bereits im Vorfeld ist der Grazer Ausländerbeirat vor Ort beratend tätig und Ende 2000 wird von den steirischen Ausländerbeiräten eine eigene „Landesarbeitsgemeinschaft“ gegründet.

Ahmed S. Hussein und Marcus Omofuma

Wie wohl sich die Politik auf kommunaler Ebene in diesen Jahren in Graz in gewissen Fragen offen für die Anliegen der MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten zeigt, so ist die Situation der ausländischen BewohnerInnen der Stadt hinsichtlich Aufenthaltsrecht, Arbeitsmöglichkeiten, Flucht und Asyl doch fast ausschließlich durch Bundesgesetze und bundespolitische Interessen bestimmt. Daher bringt der Ausländerbeirat bereits 1998 gemeinsam mit der Beratungseinrichtung ZEBRA eine mehrsprachige Broschüre heraus, welche MigrantInnen über die rechtliche Situation informiert. 2001 übersetzt man Antragsformulare und 2002 werden über 200 TeilnehmerInnen in Grazer Selbstvertretungseinrichtungen juristisch beraten. Daneben motiviert man die Gemeindepolitik wiederholt, Petitionen an den Bundesgesetzgeber zu richten, um die Situation der MigrantInnen zu verbessern.

In einem eigenen Projekt zur Migrationspolitik des Bundes wird 2000/01 nicht nur eine Tagung zum Thema abgehalten, sondern es werden darüber hinaus die in Graz erarbeiteten Forderungskataloge zum Thema Integration in Wien mit den Parlamentsclubs der Parteien diskutiert.

Ahmed S. Hussein, ein somalischer Flüchtling, der sich aus Angst vor seiner Abschiebung im März 1997 im Grazer Stadtpark am „Platz der Menschenrechte“ erhängt und der Nigerianer Marcus Omofuma, der im Mai 1999 im Zuge seiner Abschiebung aus Österreich zu Tode kommt, sind für den Ausländerbeirat tragische Anlässe, um für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen zu plädieren.



12. Mai 1999: Schweigemarsch für Marcus Omofuma

Kampf gegen Rassismus

Der Ausländerbeirat setzt sich, gemeinsam mit anderen Grazer Beratungseinrichtungen, für die Einrichtung einer eigenen Anti-Rassismus-Hotline ein (eine Forderung, die in der Folge realisiert wird), da das mediale und politische Klima – besonders sichtbar während des Wahlkampfes zu den Gemeinderatswahlen im Jänner 1998 – geprägt ist von einer negativen Berichterstattung über AusländerInnen. Neben angeblichen Missbrauchsfällen der Sozialhilfe durch MigrantInnen findet vor allem die Rolle von Afrikanern im Zusammenhang mit Grazer Drogenkriminalität breiten Platz in den Medien. Der



Daniela Grabovac (links, aktuell Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Steiermark) engagiert sich bereits 1998 bei der „Zivilcouragewoche“ gegen Rassismus und für die Einrichtung einer Anti-Rassismus-Hotline

Ausländerbeirat fordert nicht nur eine differenzierte Auseinandersetzung mit der „Ausländerthematik“ ein, sondern führt zudem aufklärende Gespräche mit JournalistInnen und veranstaltet Gesprächsrunden mit den wahlwerbenden Parteien.

Wie weitverbreitet der Alltagsrassismus ist, zeigt 1997 eine Umfrage des Beirates unter 125 weiblichen Migrantinnen in der Stadt: rund die Hälfte von ihnen gibt an, hauptsächlich aufgrund ihrer Hautfarbe, in der Öffentlichkeit diskriminiert zu werden.

AusländerInnen wohnen schlechter als die übrige Bevölkerung

Am meisten politischen Druck zur Veränderung der Situation auf kommunaler Ebene übt der Ausländerbeirat in den ersten Jahren im Bereich der Wohnsituation von MigrantInnen aus. Nach einer intern durchgeführten Erhebung unter 200 MigrantInnen im Jahr 1997 gibt der Beirat eine eigene sozialwissenschaftliche Studie in Auftrag, um eine Grundlage für die Diskussion mit den politischen VerantwortsträgerInnen zu haben. Die Ergebnisse der im

Frühjahr 1998 von Barbara Gartner und Annemarie Müllner fertig gestellten Studie „Wohnsituation von AusländerInnen in Graz“ belegen klar, dass die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung in überbelegten Wohnungen mit unzureichender Wohnungsausstattung lebt. Schon damals wird auf die Gefahren einer Konzentration von AusländerInnen in bereits sozial benachteiligten Stadtteilen hingewiesen: „Obwohl in Graz die Bevölkerung im Hinblick auf räumliche und soziale Zusammensetzung relativ gut durchmischt ist und man nicht von Ghettobildung sprechen kann, sollten Sukzessionsprozesse und ihre Dynamik nicht unterschätzt werden, da solche Entwicklungen nahezu unbemerkt vor sich gehen. Oft beginnen solche Prozesse in einzelnen Häusern und können zu rasch steigenden AusländerInnenanteilen in bestimmten Wohnvierteln führen. (...) Ohne (...) langfristige Strategien und sachkundige Begleitung der Entwicklungsprozesse in den Bezirken mit hohem Ausländeranteil (und schlechter Bausubstanz) ist die Verschärfung der sozialen Spannungen

in diesen Vierteln vorprogrammiert und das friedliche Zusammenleben der Menschen gefährdet.“ [15] Nach dem Vorliegen der Studie schlägt der Ausländerbeirat folgende Verbesserungsmaßnahmen vor, um die Integration von AusländerInnen in Graz zu erhöhen:

- Öffnung der Gemeindewohnungen auch für AusländerInnen (bei der Vergabe der Gemeindewohnungen muss der soziale Status entscheidend sein, und nicht die Staatsbürgerschaft).
- Erleichterungen für den Zugang zu den vom Land geförderten Mietwohnungen.



Niki, Shadman & Eyawo (v.l.): Wieso wird Integration so schwer gemacht? Komik

Das Klima wird vergiftet

Neue Zeit, 29.9.1999

Niki Komla, Kheder Shadman und Godswill Eyawo (v.l.n.r.) engagieren sich gegen den Rassismus in Graz

Ausländerpolitik

Kritik an mangelnder Integration in Graz

GRAZ (SN-m.b.). Der Grazer Ausländerbeirat übt Kritik an der Ausländerpolitik. Allen voran vermisst man ein langfristiges politisches Konzept der Landeshauptstadt zur Integration von Fremden, heißt es im Jahresbericht. Im Gemeinderat habe der Ausländerbeirat die Koordination der Integrationsmaßnahmen sowie die Einsetzung eines Integrationsstadtrates gefordert. Beides sei nicht realisiert worden.

„Die Stadt Graz macht viele positive Dinge, oft handelt es sich dabei aber um nicht koordinierte Einzelmaßnahmen“, erklärt Ausländerbeirats-Geschäftsführer Kheder Shadman im Gespräch mit den SN. Als grundsätzlich positiv wird auch die Absichtserklärung von Stadtrat Franz Josel (FPÖ) gewertet, die Erstellung eines Integrationskonzeptes in das Stadtentwicklungsprogramm aufzunehmen. Allein: nun müssten diesen Worten auch endlich Taten folgen.

In einem Sachprogramm für Integration müssten, so Shadman, langfristige Maßnahmen zur Ent-

schärfung von sozialen Spannungen in den Bezirken Gries und Lend enthalten sein. Dort gibt es Volks- und Hauptschulen mit einem sehr hohen Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache – was zur Verunsicherung der Eltern geführt hat. Während in Gries der Ausländeranteil 23,1 Prozent beträgt, liegt er in St. Peter bei nur 6,7.

Die Konzentration von Ausländern auf einzelne Bezirke wird als Folge einer „unbefriedigenden Wohnungssituation“ interpretiert. Auf dem Wohnungssektor hat sich in Graz laut dem Beiratsvorsitzenden Milan Bionda nur wenig für ausländische Mitbürger zum Besseren gewendet.

Im Dezember 2000 waren 29.860 Ausländerinnen und Ausländer gemeldet. Mit einem Ausländeranteil von 12,4 Prozent liegt Graz damit um drei Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt. Mehr als 71 Prozent der Zuwanderer besitzen die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates.

Salzburger Nachrichten, 29.3.2001

2001: Ausländerbeirat warnt bereits früh vor den negativen Auswirkungen sozialer Segregation

•
• [15] Jahresbericht 1997-98 (Juni 1999), S. 5

- Erleichterungen für die Inanspruchnahme der vom Land gewährten Wohnbeihilfe.
- Erwerb der vom Land geförderten Eigentumswohnungen.
- Verbesserung der Informationsstrukturen hinsichtlich der Wohnbedürfnisse der ausländischen Bevölkerung.

Obwohl diese Forderungen bereits im Juni 1998 in den betreffenden Gemeinderatsausschuss eingebracht werden, bewegt sich die kommunale Politik hier in den kommenden Jahren kaum. Stattdessen führt die Medienberichterstattung über die Zahl der Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache in einigen Schulen am rechten Murufer im Jahr 2000 zu einer öffentlichen Diskussion über Segregationsprozesse in bestimmten Bezirken, ohne dass auf die Grundprobleme eingegangen wird und sich sozialpolitisch Grundlegendes ändert.

Forderung nach einem Integrationskonzept

Daher fordert der Ausländerbeirat bereits im Jahr 2000 ein langfristiges politisches Konzept der Stadt Graz zur Integration von AusländerInnen und die Einsetzung eines/einer Integrationsstadtrates/-rätin.

Nachdem eine vom Stadtsenat beauftragte Expertise von Annette Sprung und Daniela Holzer (*Kulturelle Vielfalt und Integration: kommunalpolitische Handlungsperspektiven für ein friedliches Zusammenleben in Graz*) ab Februar 2002 vorliegt, folgen keine konkreten Umsetzungsschritte. Von der Politik gibt es erst im Wahlkampf für die Gemeinderatswahl 2003 Zusagen, dass ein/e eigene/r politische/r ReferentIn für den Bereich Integration installiert werden soll. Auf Landesebene hat der steirische Soziallandesrat Kurt Flecker ein Integrationskonzept in Auftrag gegeben. Dabei haben Beratungseinrichtungen und unter ihnen der Ausländerbeirat der Stadt Graz ihre Forderungen nach einem Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Integration unterstrichen.

Ein Integrations-Rat für Graz

Expertise über das Leben von Ausländern in Graz fordert einen eigenen Integrationsstadtrat.

VON JONNY STÜHLINGER

Erst vor wenigen Wochen wurde die Studie „Kulturelle Vielfalt und Integration“ über Graz fertig gestellt. Und diese bescheinigt der Stadt vor allem eines: Es muss in Sachen Integration dringend etwas getan werden.

Die Expertise macht den Stadtvätern die Sache auch noch einfach und bringt gleich Vorschläge



„Ein eigener Stadtrat für Integrationsfragen würde uns helfen, schneller mehr durchzusetzen.“

Kheder Shadman

auf Tablett. So sollte so schnell wie möglich ein eigener Stadtrat für Integrationsfragen installiert werden. Diese Forderung ist auch für den Vorsitzenden des Grazer Ausländerbeirates **Kheder Shadman** eine besonders wichtige. „So

könnten wir in Sachen Integration einfach mehr bewegen“, meint er.

Aber auch in anderen Bereichen gibt die wissenschaftliche Arbeit Varianten vor: So müssen unbedingt noch mehr und noch differenziertere Sprachkurse angeboten werden. Außerdem sollten Migranten Zugang zu Gemeindefunktionen bekommen. Ebenfalls ist die Errichtung von offiziellen Treffpunkten von Einwanderern mit Einheimischen erwünscht. Sogar ein Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene wäre für die Ersteller der Studie eine Möglichkeit zur besseren Integration.

jonny.stuehlinger@woche.at

GrazerWoche, 14.7.2002

2002: Der Ausländerbeirat fordert eine/n eigene/n Stadtrat/-rätin für Integration



Zu den Aktivitäten des Beirates zählt u.a. die Information der Mehrheitsbevölkerung. Hier Beiratsmitglied Lawrence Onoabagbe und Geschäftsführer Kheder Shadman im Jahr 2000

51 Projekte und 68 Kooperationsprojekte

Nachdem die erste Arbeitsperiode des Grazer Ausländerbeirates eigentlich für den Zeitraum 1996–2000 anberaumt ist, wird sie schließlich um weitere drei Jahre verlängert. Die neue Wahl zum Ausländerbeirat soll u.a. aus Kostengründen im Jänner 2003 gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen durchgeführt werden. Nach den Anfangsschwierigkeiten, die man unter anderem durch eine Klausur und ein klar ausgearbeitetes und evaluiertes Arbeitsprogramm in den Griff bekommen hat, hat sich der Ausländerbeirat in Graz etabliert. So ist die Anzahl der Aktivitäten des Beirates stark angestiegen, sowohl was die Anzahl der Informationsveranstaltungen betrifft als auch die Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Organisationen. Damit gelingt es dem Ausländerbeirat sehr gut, die Interessen und Themenstellungen nicht nur durch eigene



Jugendprojekt im Februar 2002

Projekte publik zu machen, sondern ebenfalls durch eine gelingende Vernetzung und intensive inhaltliche Zusammenarbeit mit zahlreichen Grazer Einrichtungen aus dem Bereich der Förderung der kulturellen Vielfalt. Mit dem „Multikulti Arbeitskreis“ bzw. dem ab 1999 nachfolgenden „Jourfixe der Beratungs- und Betreuungseinrichtungen in Graz“ gibt es zudem ein regelmäßiges Forum zum Austausch und zur Planung gemeinsamer Projekte.

Die Anzahl der aktiven migrantischen Vereine und Selbstorganisationen hat sich auf 62 erhöht. Seit 2001 ist es dem Ausländerbeirat endlich möglich, deren Projekte und Veranstaltungen finanziell mit zu unterstützen.

Um das Arbeitspensum für die ehrenamtlichen Beiräte leichter bewältigbar zu machen, wird die Zahl der Beiratssitzungen ab 2002 stark gekürzt bzw. werden schlankere und effizientere Strukturen für die Entscheidungsprozesse im Beirat umgesetzt. Trotz seiner eingeschränkten politischen Einflussnahme als nicht entscheidendes, sondern nur beratendes Gremium, kann der Grazer Ausländerbeirat so durch seine Aktivitäten, Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit bereits in den ersten Jahren wichtige Akzente im Bereich der Planung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen in der Stadt Graz setzen.

Fremde Heimat Graz – auf ewig fremd?

Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen 2003 fordert der Ausländerbeirat Graz mehr Kompetenzen, um der lahrenden Integrationspolitik wieder mehr Schub zu geben. Bei einer Diskussionsveranstaltung nahmen VertreterInnen der Stadtpartei- en dazu Stellung.



Beirats-Mitglied Lawrence Onobahagbe: Auch Mehrheit der AfrikanerInnen arbeitet und zahlt Steuern
SPÖ-Gemeinderätin Elke Edlinger: „Teilnahme am Arbeitsmarkt muss möglich sein“

Die Aufbauphase des Ausländerbeirates ist nahezu abgeschlossen: auf politischer Ebene konnte erstmals erreicht werden, dass MigrantInnen ihre Interessen selbst vertreten. Trotzdem sieht Beiratsvorsitzender **Milan Bionda** die bisherige Bilanz in einem sehr getrübbten Licht: „Das Ergebnis der fünfjährigen Arbeit im Gemeinderätlichen Ausschuss für Soziales und Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen ist leider unbefriedigend, besonders was den Bereich Wohnen betrifft. Als eines der wichtigsten politischen Signale zur Beendigung der Diskriminierung sehe ich die Öffnung der Gemeindewohnungen.“ Dasselbe Anliegen vertritt auch **Lawrence Onobahagbe** von der „1. Afrikanischen Liste“: „Derzeit leben rund 2000 AfrikanerInnen in Graz. Ein Großteil davon arbeitet und zahlt Steuern, trotzdem bleibt ihnen der Zugang zu den Gemeindewohnungen versperrt.“ Die Öffnung der Gemeindewohnungen für ausländische MitbürgerInnen sei eine alte Forderung der Grünen, unterstreicht **Lisa Rucker**, Zweitplatzierte auf der grünen Gemeinderatsliste. Gemeinderätin **Elke Kahr**, Klubobfrau der KPÖ, spricht sich für eine gleichberechtigte Verteilung der Gemeindewohnungen aus. „Österreichische Staatsbürger zuerst“, lautet hingegen die Devise von FPÖ-Gemeinderat **Dr. Manfred Proseke**, der auf die derzeitige Knappheit an vorhandenen Gemeindewohnungen hinweist. Die ÖVP zeigt sich differenziert, denn: geförderte Gemeindewohnungen seien fast ausschließlich auf zwei Grazer Bezirke beschränkt und bereits jetzt fehle in den Gemeindebauten eine soziale Durchmischung, so die Stellungnahme von Stadtrat **Mag. Siegfried Nagl**. Auch die SPÖ tritt

gegen die „erzwungene Ghettobildung“ auf und befürwortet eine schrittweise Öffnung der Gemeindewohnungen für Zuwanderer im Ausmaß des Bevölkerungsanteiles.

Zuwanderung nur nach Arbeitsmarktsituation?

Als wesentlichen Punkt der Integrationspolitik sieht SPÖ-Gemeinderätin **Elke Edlinger** den Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen, die legal in Graz wohnen. „Eine gleichberechtigte Teilhabe ist internationaler Usus der Integrationspolitik“, so Edlinger. „Das ist nicht zweckmäßig“, lässt Proseke verlauten, „Auch Touristen halten sich legal in Graz auf – sollen diese ebenfalls einen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen?“ Augenscheinliche Wortklauberei, doch was steckt wirklich hinter der restriktiven Zuwanderungspolitik der FPÖ? „Die Zahl der Niederlassungsbewilligungen für Ausländer muss sich nach der Arbeitsmarktsituation bei uns richten!“, so Proseke, der dafür heftigen Widerspruch aus dem grünen Eck erntet. „Man kann Menschen nicht hin- und herschieben“, so Rucker, „die Integration muss als Querschnittsmaterie gesehen werden – die derzeitigen knappen 10% an nicht innerösterreichischen Zuwanderungen hat's schon immer gegeben.“ So sehen die Grünen eine gelungene Integration erst dann, wenn Graz ein klares politisches Bekenntnis zu Öffnung und Modernität ablegt, soziale Sicherheit und Schutz vor Diskriminierung gewährleistet wird und Institutionen für alle Menschen barrierefrei werden.

Mehr Kompetenz für den Ausländerbeirat

Das kommende Kulturjahr 2003 sieht Bionda als richtigen Zeitpunkt für den Durchbruch des Ausländerbeirates. Auch Beirats-Geschäftsführer **Kheder Shadman** hofft auf das Jahr 2003: „Wir haben eine schriftliche Zusage der Stadt Graz, dass es in Hinkunft für den Bereich der Integration einen politischen Referenten geben wird, sowie die Zustimmung zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger“, so Shadman, „werden diese Zusagen realisiert, wäre das ein Durchbruch in der Integrationspolitik!“ Nach



FPÖ-Gemeinderat Dr. Manfred Proseke: Die steirische Eiche als Assimilationsziel



Ausländerbeirats-Vorsitzender Milan Bionda (re): Wohnsituation der AusländerInnen bleibt unbefriedigend, Geschäftsführer Kheder Shadman (Mitte): Mehr Kompetenzen für den Beirat, Grüne Lisa Rucker (links): Menschen sind keine Verschubmasse

derzeitigem Stand sind KPÖ und Grüne für das Ausländerwahlrecht, die SPÖ erklärt sich unter der Voraussetzung einer bestimmten Aufenthaltsdauer bedingt dafür und die FPÖ wendet sich als einzige Partei mit einem klaren Nein dagegen. Die ÖVP differenziert: „Nach fünf Jahren legalem Aufenthalt, legaler Arbeit und dem Nachweis der Wohnversorgung bekommt man als MigrantIn eine unbefristete Niederlassungsbewilligung. Das ist jene Gruppe, die auf kommunaler Ebene in Zukunft wählen dürfen soll“, so ÖVP-Gemeinderat **Thomas Rajakovic**. Die Forderungen des Ausländerbeirates nach mehr Kompetenzen sind laut Shadman ein klares politisches Signal im Sinne der Gleichberechtigung: „Stimmrecht in den Ausschüssen und die Mitentscheidung bei der Vergabe der Mittel im interkulturellen Bereich sind unumgängliche Forderungen im Sinne einer wirksamen Integrationspolitik. Es sollte die Frage gestellt werden: Was kostet es Graz, wenn man nicht integriert?“



ÖVP-Gemeinderat Thomas Rajakovic: Nach 5 Jahren legalem Aufenthalt und legaler Arbeit soll gewählt werden dürfen
KPÖ-Gemeinderätin Elke Kahr: Für gleichberechtigte Verteilung der Gemeindewohnungen

Die „Steirische Eiche“ als Integrationsmaßstab?

Dass Integration nicht bedeutet, dass AusländerInnen ihre eigene Identität verleugnen müssen, darüber sind sich die VertreterInnen aller Parteien einig – fast aller, denn die FPÖ vertritt eher das Prinzip der Assimilation an ein „steirisches Idealbild“. Welches das sei, wollen die Mitdiskutanten wissen; für Proseke keine Frage: Die „steirische Eiche“ sei ein solches Ideal ... „Der Einheitsgrazer, an den sich MigrantInnen angleichen sollen, existiert in Wirklichkeit nicht“, kontert Edlinger. Überlagert wurde die Diskussion über die Situation der AusländerInnen in der steirischen Landeshauptstadt der Tagesaktualität entsprechend von der Debatte über die harten Maßnahmen des Bundes gegenüber AsylwerberInnen, welche die kommunalen Integrationsbemühungen nicht gerade erleichtern.

Claudia Windisch

2003–2008: Die 2. Arbeitsperiode

Für echte politische Mitbestimmung

Für echte politische Mitbestimmung

2003–2008: Die 2. Arbeitsperiode

„Die Kommunalpolitik wird große Anstrengungen unternehmen müssen, um durch konkrete Maßnahmen in Bezug auf MigrantInnen dem Anspruch der Stadt gerecht zu werden, 1. Menschenrechtsstadt Europas zu sein.“ [16]

Am 26. Jänner 2003 findet die Beiratswahl erstmalig zeitgleich mit der Grazer Gemeinderatswahl statt. Nach der geringen Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl 1995, machen diesmal 14,26% der wahlberechtigten Nicht-EU-BürgerInnen von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Wahlberechtigten sind zum ersten Mal durch die städtische Wahlbehörde informiert worden und können ihre Stimme in mehreren Wahllokalen abgeben. Doch warum gehen nicht mehr MigrantInnen wählen? Abgesehen davon, dass der MigrantInnenbeirat keine Entscheidungskompetenz in kommunalpolitischen Fragen hat, gibt es sprachliche und kulturelle Unterschiede der Wahlberechtigten. Für manche MigrantInnen stellt diese Wahl überhaupt die erste Möglichkeit dar, tatsächlich aktiv an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Angetreten sind 10 Listen, von welchen sich die meisten wieder über die Herkunft bzw. „ethnische“



Der neu gewählte Beirat 2003

Gruppenzugehörigkeiten beschreiben. Neben einer „Internationalen Liste“ definiert sich eine Liste über die Religionszugehörigkeit. Obwohl diese Gruppe der „Islamischen Kulturzentren“ bei der Wahl die meisten Stimmen bekommt, wird nicht deren Listenerster, sondern Emmanuel Kamdem (Afrikanische Liste) zum Vorsitzenden gewählt.

● [16] Jahresbericht 2003-2004, S. 1

● [17] http://www.landtag.steiermark.at/cms/dokumente/10267433_5076210/aoobb36b/14_1681_1_ANT.pdf

2003–2007: Aus dem „Ausländerbeirat“ wird der „MigrantInnenbeirat“

Bereits in einer ihrer ersten Sitzungen beschließen die neu gewählten Beiratsmitglieder Mitte Mai 2003 die Namensänderung des Beirates in „MigrantInnenbeirat“. Da jedoch erst einige Tage zuvor von der Stadt Graz für den Beirat eine Geschäftsordnung beschlossen worden ist, bleibt der Beirat offiziell – wie darin genannt – ein „Ausländerbeirat“. Im Jänner 2004 schlägt die SPÖ im Steirischen Landtag die Umbenennung des Beirates vor, denn „*der in der Bezeichnung des Ausländerbeirates verwendete Begriff „Ausländer“ ist in der öffentlichen Diskussion meist negativ besetzt und hat einen ausschließenden Charakter. Darüber hinaus berücksichtigt der Begriff nicht die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern.*“ [17]. Es dauert schließlich noch bis zum Juli 2007, bis im entsprechenden Landesgesetz der Begriff „Ausländer“ durch „MigrantInnen/Migranten“ ersetzt und so der „Ausländerbeirat“ offiziell zum „MigrantInnenbeirat“ wird.



Veranstaltung zum Weltfrauentag 2003



Kulturveranstaltung des MigrantInnenbeirates 2003

Fußballturnier 2004



Akben Küçükyasar – erste Beirätin

Da es von 1996–2003 keine gewählten Frauen im Beirat gab, hat man im Vorfeld der zweiten Beiratswahl wahlwerbende Listen unter anderem durch höhere finanzielle Unterstützung dazu motiviert, Frauen auf vorderen Listenplätzen aufzustellen. Mit Akben Küçükyasar von der kurdischen Liste für Demokratie sitzt ab 2003 im neunköpfigen Gremium schließlich die erste Frau.

Durchführung eigener Projekte

Vom MigrantInnenbeirat werden weiterhin, wie in den Jahren zuvor, gewisse Veranstaltungsreihen durchgeführt. Dazu zählen etwa Veranstaltungen zum Weltfrauentag, Schwimmkurse für Frauen und Kinder sowie ein PC-Kurs für Frauen und Mädchen. Das bereits traditionelle Fußballturnier wird auch 2003 und 2004 vom Beirat und 2005 hauptverantwortlich vom Verein HKD Napredak durchgeführt. 2003 und 2004 gibt es noch das ebenfalls seit Beginn an vom Beirat durchgeführte Jahresabschlussfest. Als besonders publikumswirksam erweist sich der Auftritt der Band „Wiener Tschuschenkapelle“ im Jahr 2004.

Steigende Unzufriedenheit mit der Kommunalpolitik

Bereits vor der Konstituierung des neu gewählten Beirates am 13. Mai 2003 legt dieser in einer Arbeitsklausur seinen Aktionsplan fest und wendet sich mit folgenden Anliegen an die Grazer Gemeindepolitik:

- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen, da es diskriminierend ist, jahrelang in einer Stadt zu leben, zu arbeiten und Steuern zu zahlen, ohne politisch mitbestimmen zu können.
- Öffnung der Gemeindewohnungen für MigrantInnen, da auch sie einen Wohnbauförderungsbeitrag zahlen.
- Ein Sachprogramm für die Integration unter Einbindung der Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, da deren Know-how für die Problemlösungen unentbehrlich ist.
- Installierung einer Stelle für Integration mit entsprechendem Personal und Budget.
- Keine Diskriminierung in der Stadt der Menschenrechte.
- Erweiterung der Kompetenzen des Ausländerbeirates, z. B. Rederecht im Gemeinderat und stärkere Einbindung in die Ausschuss- und Projektarbeit, da der Einfluss in der Gemeindepolitik als beratendes Gremium sehr gering ist.

**Grazer
LokalpolitikerInnen
bei einer Tagung
des Beirates zur
Integrationspolitik,
Dezember 2004**





Der neue Bürgermeister Siegfried Nagl mit dem neuen Beiratsvorsitzenden Emmanuel Kamdem

Aufgrund dieser teilweise schon seit Jahren unerfüllten Forderungen ist die Unzufriedenheit bei den neu gewählten Beiräten groß: „Das Handeln der Verantwortlichen auf Gemeindeebene in Integrationsfragen betrachten wir als unzureichend und zögernd. Unsere Erwartungen für eine zeitgemäße Integrationspolitik, auch in Ansätzen, haben sich bis dato nicht erfüllt. (...) Durch das Schlagwort „Sparen“ wird die Realisierung von Integrationsprojekten erschwert.“ [18]

In der Stadt hat sich zudem durch die Gemeinderatswahl die politische Landschaft geändert. Auf den langjährigen SPÖ-Bürgermeister Alfred Stingl folgt der ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl.

„Ich würde Graz nicht als Menschenrechtsstadt bezeichnen“ [19]

Vor allem AfrikanerInnen haben in Graz, das sich bereits im Februar 2001 im Gemeinderat zu einer „Stadt der Menschenrechte“ erklärt hat, gravierend

„Neger kriegen nichts“

Die Fälle, in denen Menschen mit dunkler Hautfarbe der Zutritt zu Lokalen verweigert wird oder sie in Lokalen nicht bedient werden, häufen sich in der „Menschenrechtsstadt Graz“, heuer auch Kulturhauptstadt Europas. Erst Ende Mai bekam eine schwarze Amerikanerin, die als „Forum Stadtpark“-Stipendiatin in Graz lebt, in einem Bistro in der Jakoministraße keinen Tequila serviert. „Neger bekommen bei uns nichts ausgeschenkt“, lautete die Begründung des Wirtes. Grund genug für die steirischen Grünen, jetzt unter dem Motto „Reinlassen oder zusperrern“ eine Aktion gegen „rassistische Lokale“ zu starten.

„**Ausländer haben**, wenn sie am Abend in gewisse Lokale gehen wollen, mit eklatanten Problemen zu kämpfen“, berichtet die grüne Landtagsabgeordnete Edith Zitz. Die Palette der Ablehnung reiche von Statements wie „Das Lokal ist voll“ oder „Heute haben

wir eine geschlossene Gesellschaft“ bis zu offen ausgesprochenem Rassismus. Was Kamdem Moupoh a Hom, der Vorsitzende des Grazer Ausländerbeirates, bestätigen kann: „Neger, geh' raus“, oder ähnliche Sprüche sind keine Seltenheit. Verrückt: Ich darf ein Lokal nicht betreten, weil ich Afrikaner bin.“ Gemeinsam mit dem Verein „Helping Hands“ haben die Grünen allein in den vergangenen Monaten neun Fälle von rassistischen Haltungen diverser Lokalbesitzer dokumentiert.

Die Grünen fordern eine Novelle zur Gewerbeordnung, wonach eine rassistisch motivierte Diskriminierung von Gästen zu einem Entzug der Gewerbeberechtigung führen soll. In der kommenden Landtagssitzung wollen sie beantragen, dass das Land deshalb an den Bundesgesetzgeber herantritt. Zitz veröffentlicht ab sofort dokumentierte Rassismus-Fälle auf der Homepage der Grünen (www.stmk.oruene.at). **m.b.**

Salzburger Nachrichten, 4.6.2003

Kulturhauptstadtjahr 2003: Der neue Beiratsvorsitzende weiß von zahlreichen rassistischen Vorfällen zu berichten

unter Rassismus, männliche Jugendliche und Männer auch unter der pauschalen Verurteilung als Drogendealer zu kämpfen. Das reicht von Beschimpfungen gegenüber Straßenzeitungsverkäufern, über Benachteiligungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche bis hin zu Zutrittsverboten in mehreren Grazer Lokalen. Selbst Emmanuel Kamdem, der neue Vorsitzende des MigrantInnenbeirates, ist von diesem Rassismus persönlich betroffen und fordert von der Stadtpolitik mehr als bloße Rhetorik. Als der Grazer Gemeinderat im Juni 2006 den Beitritt zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ beschließt, ist dies für den MigrantInnenbeirat ein wichtiger Schritt, um endlich konkret gegen die rassistischen Zutrittsverbote in Grazer Lokalen vorgehen zu können.

[18] Bericht über die Lage der ausländischen MitbürgerInnen in

● Graz, Oktober 2004, S. 2

● [19] Emmanuel Kamdem, zitiert nach Korso, 18.6.2003

„Ich verteile Ausländer an Grazer Schulen nicht um“

Wien diskutiert Ausländerquote an Schulen. Grazer Schulstadtrat will „Kinder nicht in andere Bezirke verpflanzen“. Stattdessen setzt Miedl auf Integrationskurse.

Seit Tagen läuft in Wien eine heftige Debatte um Ausländerquoten an Schulen. Zuletzt sprach sich der Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft, Anas Shakfeh, dafür aus, dass die Zahl von Migrantenkindern pro Klasse 50 Prozent nicht überschreiten soll. Ein Vorstoß, den VP-Bildungsministerin Elisabeth Gehler für „interessant“ hält. Doch in Graz, wo „in Lend und Gries beim Ausländeranteil an Schulen teils Wiener Verhältnisse herrschen“ (siehe rechts), will VP-Schulstadtrat Werner Miedl von einer Zwangsverteilung nichts wissen: „Ich verpflanze doch nicht Kinder in andere Bezirke.“

Stattdessen setze er auf einen Integrationskurs ab 2007: „Wir nehmen Schüler, die gar nicht Deutsch können, drei Monate aus der Schule und bringen ihnen die Sprache bei.“ Darüber hinaus sollen sie das kleine Einmaleins des Alltags in Graz erlernen. Dass eine Verteilung der Migranten notwendig ist, ist Miedl klar: „Aber das muss über die Wohnungspolitik gelingen, um Integration voranzutreiben.“

Was Emmanuel Kamdem, Vorsitzender des Grazer Migrantenbeirats, unterstreicht: „Es müssen Migrantenfamilien über die Stadt verteilt werden, dann brauchen wir gar keine Quoten an den Schulen, die ich für falsch halte. Denn Zwangszuweisungen an Schulen in anderen Bezirken bringen Familien immense Probleme.“

BERND HECKE



Muslime fordern: Nur 50 Prozent Migrantenkinder pro Klasse

SOMMER

HOHER MIGRANTENANTEIL



Schule St. André in Gries

Migrantenanteil: Problematisch stellt sich die Entwicklung des Migrantenanteils an den Schulen in Lend und Gries dar. Hier liegt die Zahl von Schülern nichtdeutscher Muttersprache bereits bei 80 Prozent und darüber. Die VS Gabelsberger zählt etwa 71,9 Prozent, die VS St. André 88,1 Prozent.

Förderbedarf: Das bedeutet aber nicht, dass alle diese „Kinder nichtdeutscher Muttersprache“ Förderunterricht brauchen. 51 Prozent jener Schüler können Deutsch zumindest so gut, um dem Unterricht problemlos folgen zu können.

2006: Wie umgehen mit ungleichen Bildungschancen?

Kleine Zeitung, 31.5.2006

Anzeige gegen FP und BZÖ

Migrantenbeirat platzt ob des Wahlkampfes der Krage: Westenthaler und Strache wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ angezeigt.

GERALD WINTER

Die Hetze gegen Asylwerber und Migranten durch rassistische und diskriminierende Plakate sowie Wortmeldungen nimmt angesichts der Wahl am 1. Oktober immer mehr zu“, kritisiert Kheder Shadman vom Migrantenbeirat der Stadt Graz.

Ihm ist jetzt gemeinsam mit sieben anderen Migrantenvereinen wie Isop oder Zebra der Krage geplatzt: Peter Westenthaler (BZÖ) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) wurden wegen „Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte“, „Verhetzung“ und „Herabwürdigung religiöser Lehren“ bei der Staatsanwaltschaft Graz angezeigt.

„Jeder zweite Asylwerber wird kriminell“, hatte Westenthaler im Juli erklärt. In der Anzeige wird ihm deswegen „unwahre Tatsachenbehauptung“ vorgeworfen. „Allein der Blick in die offiziellen Statistiken hätte genügt, um Westenthaler hier eines Besseren zu belehren“, so Shadman. Sauer stößt den Institutionen auch das FP-Plakat „Daham statt Islam“ auf. In der Anzeige ist von „Ver-spottung“ einer Religionsgemeinschaft die Rede.

Die Vereine fordern jetzt die Einrichtung einer unabhängigen Kommission ein, die bei solchen Vorfällen von sich aus aktiv wird. Mögliche Konsequenz für rassistische Aussagen: finanzielle Einbußen bei der Parteienförderung.

Während die FPÖ auf die Anzeigen gelassen reagiert, hakt der steirische BZÖ-Chef Gerald Grosz beim Geld ein: „Wir fordern eine sofortige Einstellung der Fördergelder für diese Vereine. Die Kriminalitätsstatistik gibt



Dieses Plakat, das auch in Graz steht, ist unter anderem Stein des Anstoßes

SOMMER

2006: Wahlwerbende Parteien werden angezeigt

Kleine Zeitung, 15.9.2006

Nachdem es im Nationalratswahlkampf 2006 zu Pauschalverurteilungen von AsylwerberInnen kommt und die Religionsfreiheit mit „Daham statt Islam“-Plakaten untergraben wird, will der Beirat den Umstand, dass kein Wahlkampf mehr ohne rassistische Angriffe auskommt, nicht schweigend hinnehmen. Zusammen mit anderen engagierten Grazer Einrichtungen werden vom MigrantInnenbeirat FPÖ- und BZÖ-PolitikerInnen wegen Verhetzung angezeigt.

„Integration ist ohne politische Rechte einfach nicht machbar“ [20]

Im Unterschied zu anderen EU-Staaten besitzen in Österreich Angehörige von Drittstaaten kein kommunales Wahlrecht. In Wien (2002) und Linz (Anfang 2004) werden daher von den Gemeinderäten Resolutionen an die Länder bzw. den Bund gerichtet, um das zu ändern. Nachdem sich im Grazer Gemeinderatswahlkampf 2002/03 die Mehrheit der Parteien ebenfalls für eine Wahlrechtsänderung

ausgesprochen hat, präsentiert der MigrantInnenbeirat im Jänner 2004 der Stadtpolitik seinen Entwurf für ein aktives und passives Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen schon ab der kommenden Gemeinderatswahl.

Schließlich kann erreicht werden, dass die Stadt Graz eine Petition dazu verabschiedet. Im Jänner 2005 folgt von den Grünen, der ÖVP und SPÖ im steirischen Landtag eine an den Bund gerichtete Petition, um das erweiterte AusländerInnenwahlrecht durch eine Verfassungsänderung zu ermöglichen.

„Stelle für Integration und interkulturelle Arbeit“ lässt auf sich warten

Die langjährige Forderung des Beirates nach einer Integrationsstelle (vor allem als Informations- und Anlaufstelle für Arbeits- und Wohnungsfragen von MigrantInnen) findet sich zwar im 2003 verabschiedeten Arbeitsprogramm der Rathausparteien ÖVP und SPÖ wieder. Es dauert aber beinahe ein Jahr bis



Der Beirat veranstaltet immer wieder Fachtagungen, wie „Migration als Herausforderung für die europäischen Städte“ oder „Qualität und Nachhaltigkeit der Integrationspolitik“

•
• [20] GF Kheder Shadman, zitiert nach KZ, 21.1.2004

sich im Februar 2004 erstmals eine Arbeitsgruppe trifft, in der neben dem MigrantInnenbeirat auch andere Grazer Beratungseinrichtungen vertreten sind. Im Dezember 2004 veranstaltet der Beirat eine internationale Fachtagung zu bestehenden städtischen Integrationsstellen und schließlich wird im selben Monat die Einführung der Integrationsstelle im Gemeinderat beschlossen. Es vergeht noch einmal fast ein Jahr, bis die Stelle als Integrationsreferat im November 2005 schlussendlich ihre Türen öffnet.

Ein Sachprogramm für Integration

Zwar gibt es nun ein Integrationsreferat unter der Leitung von Brigitte Köksal († 2014), das bei der Magistratsdirektion angesiedelt ist, dennoch kritisiert der Beirat im November 2005, dass immer noch kein Sachprogramm für Integration in Graz erarbeitet worden ist. Leiden doch viele MigrantInnen in Graz darunter, dass unter anderem die Problemfelder in den Bereichen Wohnen und Bildung weiterhin bestehen.

Da sich die Anzahl eingebürgerter AusländerInnen und berechtigter Konventionsflüchtlinge erhöht hat, liegt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den Grazer Gemeindewohnungen inzwischen bei rund 25%. Der MigrantInnenbeirat versucht weiter, dass die Stadt Graz das Zugangsverbot von Drittstaatsangehörigen zu Gemeindewohnungen endlich aufhebt. Mit den LandespolitikerInnen wird monatelang erfolglos verhandelt, um auch Drittstaatsangehörige in die Wohnbeihilfe einzubeziehen und so Wohnen in allen Grazer Bezirken leistbar zu machen. Denn weiterhin kommt es zu einer zunehmenden Konzentration von MigrantInnen in sozial benachteiligten Stadtteilen am rechten Murufer.

„Mama lernt Deutsch“

Als ein Ergebnis dieser wachsenden Ungleichverteilung nimmt der Anteil von Kindern mit einer anderen



Erstsprache als Deutsch in bestimmten Schulen weiterhin zu. Daher startet der MigrantInnenbeirat ab dem Schuljahr 2003/04 mit mehreren Projekten im Schulbereich. Neben der Durchführung spezieller Elternabende für MigrantInnen werden FachexpertInnen eingeladen und abschließend gemeinsame Aktivitäten der Eltern mit den Kindern durchgeführt. Das im deutschen Frankfurt am Main seit 2004 flächendeckend angebotene Projekt „Mama, lern Deutsch“ wird als „Mama lernt Deutsch“ vom Beirat an Grazer Volks- und Hauptschulen eingeführt. Dabei bieten LehrerInnen für Mütter der SchülerInnen an den Schulen spezielle Deutschkurse an. Neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen können die Mütter so die Schulen und LehrerInnen ihrer Kinder besser kennenlernen und Schwellenängste abbauen.

„Bericht über die Lage der ausländischen MitbürgerInnen in Graz“

Seit 2001 unterstützt der Beirat die rund 70 migrantischen Selbstorganisationen in Graz nicht nur durch verschiedene Kursmaßnahmen (wie EDV-Kurse oder Deutschkurse für hunderte Mitglieder dieser Einrichtungen), sondern auch durch die Finanzierung zur Anschaffung von Computern. Mehr Professionalität

und Projektmanagement sollen die Vereine durch die organisatorische Betreuung von Beiratsveranstaltungen erwerben, etwa im Rahmen von Feiern zum internationalen Frauentag, Fußballturnieren oder den Informationsveranstaltungen für migrantische Vereine. Diese jährlich rund 12 Informationsveranstaltungen mit durchschnittlich 70 TeilnehmerInnen dienen nicht nur dem Austausch und Gespräch zwischen BeirätInnen und der Basis, sondern zudem als ein Forum, in dem die MigrantInnen selbst der Kommunalpolitik Rückmeldungen über ihre Lebenssituation in Graz geben können.

Die vom Beirat strukturierten Rückmeldungen aus den Informationsveranstaltungen werden seit Oktober 2004 jährlich als „*Bericht über die Lage der ausländischen MitbürgerInnen in Graz*“ veröffentlicht und geben so ein gutes Bild über migrantische Alltagsprobleme wieder, die sich über die Jahre teilweise nur wenig verändert haben.

Eine langjährige Forderung des Beirates, jene nach Öffnung der Gemeindewohnungen, wird übrigens im Jahr 2006 teilweise erfüllt. Die Öffnung erfolgt aufgrund der notwendigen Umsetzung einer EU-Richtlinie, der die Bundesregierung zugestimmt hat, und wird daher von der Grazer Kommunalpolitik lediglich vollzogen. Zugang haben nun ebenfalls jene AusländerInnen, die zumindest seit fünf Jahren in Österreich leben und über eine verfestigte Niederlassungsbewilligung verfügen.

Am Ende der zweiten Arbeitsperiode des MigrantInnenbeirates hat dieser 2007 Maßnahmen und Empfehlungen formuliert. Sie verstehen sich als sachlichen Beitrag für ein immer noch fehlendes handlungsorientiertes Integrations-Sachprogramm für Graz:

Wohnen: gezielte Maßnahmen für leistbares Wohnen (nicht nur ein Problem der MigrantInnen) und Verstärkung der Informations- und Beratungsarbeit zum Thema Wohnen und Mietrecht.

Arbeit: Hilfestellung für MigrantInnen bei der Arbeitsplatzsuche; bessere Vermittlung der Lehrstellen für ausländische Jugendliche; Maßnahmen, um Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der Herkunft und Hautfarbe entgegenzuwirken.

Staatsbürgerschaft: Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes, um die Voraussetzungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft zu erleichtern; Kostenreduzierung für die Verleihung der Staatsbürgerschaft.

Bildung, Schule: verstärkte Unterstützungsangebote für Schulkinder mit Förderbedarf; Projekte und Maßnahmen, um Rassismus und Diskriminierung gegenüber MigrantInnenkindern in den Schulen entgegenzuwirken.

Asyl, Flüchtlinge: Kürzung der Verfahrensdauer unter Berücksichtigung der Rechtskonformität und eines fairen Verfahrens; Verbesserungen bei der Betreuung von AsylwerberInnen; mehr Rechtsinformationen für AsylwerberInnen.

Frauen: mehr bedarfsorientierte Angebote für Aus- und Weiterbildung (Deutschkurse und Berufsorientierung); Informationskampagne gegen die Diskriminierung von Frauen; verstärktes Angebot an Kinderbetreuung.

Jugend: mehr Angebote und Räume zur Freizeitgestaltung unter Berücksichtigung der Genderfrage.

Unterstützung der migrantischen Vereine: Möglichkeit von Basissubventionen; Verstärkung der Kontakte zwischen einzelnen Vereinen, Hilfestellung bei der Suche nach Vereinsräumlichkeiten.

Rassismus, Diskriminierung: Gegen Diskriminierungen bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz und in öffentlichen Verkehrsmitteln; verstärkte Informationsarbeit mit den Opfern von Diskriminierung und rassistischer Übergriffe.

Aufenthalt, Niederlassung und politische

Mitbestimmung: Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen; Erleichterungen beim Aufenthaltsgesetz.

Gesundheit: Verbesserung der Informationsarbeit über Gesundheitssystem und bestehende Angebote; vermehrter Einsatz von DolmetscherInnen in Krankenhäusern.

2006: 58% Budgetkürzung

Im zehnten Jahr seines Bestehens – nachdem der MigrantInnenbeirat trotz eingeschränkter Möglichkeiten viel unternommen hat, um sich für mehr Rechte und die Gleichbehandlung von MigrantInnen bzw. AusländerInnen einzusetzen – wird 2006 das Jahresbudget des Beirates auf 17.200 Euro gekürzt.

Kritik an Nagls „Bollwerk“

Seit Monaten schwelt ein Konflikt zwischen dem MigrantInnenbeirat der Stadt Graz und Bürgermeister Siegfried Nagl. Das Gremium fühlt sich in seiner Arbeit behindert, weil es den „Graz als Bollwerk gegen Türken“-Sager Nagls kritisierte, und schaltete nun einen Anwalt ein.

Colette M. Schmidt

Graz – Zwischen dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP), der auch Integrationsreferent der Stadt ist, und dem MigrantInnenbeirat der Stadt Graz herrscht Eiszeit. 1996 wurde in Graz unter dem damaligen SPÖ-Bürgermeister Alfred Stingl das Gremium als Interessenvertretung für ausländische Bürger der Stadt eingerichtet. Aufgabenbereiche wie die Übermittlung von Problemen an politisch Verantwortliche, etwa in Fällen politischer oder sozialer Benachteiligung, wurden per Geschäftsordnung festgelegt.

Von Infos abgeschnitten

Doch im Vorjahr soll das Budget des Beirats – trotz gleich bleibender Aufgabenstellung – um die Hälfte gekürzt und sollen Aufwandsentschädigungen wie Reise- und Telefonkosten der ehrenamtlich arbeitenden Beiräte gestrichen worden sein. Zuvor wurde zudem das Informationsrecht des Beirats per Beschluss einer von Nagl unter-

zeichneten Geschäftsordnung eingeschränkt. Doch diese Geschäftsordnung ist laut dem Beirat und seinem nun eingeschalteten Anwalt Alfred J. Noll rechtswidrig. „Wir haben monatelang versucht, das mit dem Bürgermeister zu klären“, erzählt der Beiratsvorsitzende Emmanuel Kamdem dem STANDARD.

Ein Vorfall, bei dem Ausendungen des Beirats von der Homepage der Stadt Graz entfernt wurden, brachte das Fass zum Überlaufen. Der Beirat glaubt, dass sich Nagl für öf-



Nagl weist den Vorwurf, Kritiker mit Zensur und Kürzungen zu bestrafen, von sich.

Foto: APA

fentliche Kritik an seinen Aussagen zu „Graz als Bollwerk gegen Türken“ rächen will.

Anwalt Noll droht nun nach einer Überprüfung des Sachverhalts mit einer Schadenersatzklage, denn die Stadt habe „gegen eine privatrechtliche Vereinbarung verstoßen“. Auch die Kürzung der finanziellen Mittel, die „eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Arbeit des Beirats“ erschwert, sei gesetzeswidrig. Für Emmanuel Kamdem steht fest: „Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt

werden, werden wir klagen und das Land Steiermark als Aufsichtsbehörde anrufen.“

Nagl weist alle Vorwürfe von sich: Es habe nur Kürzungen in einem Rahmen gegeben, der „auch alle anderen Vereine“ betroffen habe. Und zum Entfernen von Presseausendungen heißt es aus dem Bürgermeisteramt: „Das ist ohne unser Wissen passiert.“ Vielmehr sei die Magistratsdirektion dafür zuständig.

Und für diese erklärt Erika Zwanzger: „Es ist per Präsidialerlass geregelt, dass keine parteipolitischen Aussagen auf der offiziellen Homepage der Stadt stehen dürfen. Da waren aber ein paar sehr parteipolitische dabei.“ So habe man alle offline gestellt und zu einem Gespräch geladen. „Doch dieses Gespräch hat es bis heute nicht gegeben.“

Der Standard, 7.3.2007

Ab 2003: Der Beirat wird in seiner Kritik an der Stadtpolitik kantiger

Das Unverständnis darüber und die unterschiedlichen Interpretationen der Gründe für diese Kürzung führen in der Folge zu größeren Verstimmungen zwischen dem Beirat und Teilen der Stadtpolitik. Dazu kommt ein Konflikt mit der Stadtverwaltung. In der Folge wird bis zum Ende dieser Arbeitsperiode im Jahr 2008 immer mehr die Reformbedürftigkeit des Beirates betont bzw. wird seine Sinnhaftigkeit sogar grundsätzlich hinterfragt. Nicht nachvollziehbar für die ehrenamtlich arbeitenden BeiratInnen ist, dass ihnen ab dem Jahr 2005 ihre Aufwandsentschädigungen (können erst wieder ab März 2010 von den BeiratInnen in Anspruch genommen werden) sowie Reise- und Telefonkosten gestrichen werden. Sie kritisieren zudem die Einschränkung des Informationsrechts des Beirates in der 2003 beschlossenen Geschäftsordnung (dieses Informationsrecht wurde durch die Formulierung eingeschränkt, dass der Beirat nur bei jenen Themen einzubeziehen sei, durch welche die Interessen

von MigrantInnen „in besonderem Maße“ berührt werden).

Im Jänner 2007 werden schließlich nach einer Kritik des Beirates an der Bundespolitik alle Presseausendungen des Beirates von der offiziellen Website der Stadt Graz entfernt. Begründet wird dies von der Magistratsdirektion damit, dass ein Erlass keine parteipolitischen Aussagen auf der offiziellen Homepage der Stadt zulasse.

Vorwürfen, dass es sich bei allen diesen Maßnahmen von Seiten der Stadtpolitik und -verwaltung um Versuche der Zensur oder Einschüchterung des Beirates handle, wird von der Stadtpolitik vehement entgegengetreten. Vielmehr, so die Begründung von Stadtseite, seien die Budgetkürzungen des Beirates aufgrund des allgemeinen Spardruckes nicht höher ausgefallen wie bei den Bezirksbudgets. In der Folge bleibt das Budget für den MigrantInnenbeirat gekürzt, während das Integrationsbudget des weisungsgebundenen Integrationsreferates im



MigrantInnenbeirat und Integrationsreferat kooperieren in vielerlei Bereichen

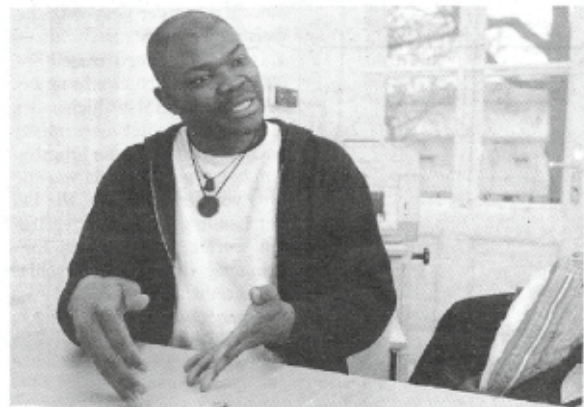
Jahr 2007 auf 200.000 Euro erhöht wird. In den folgenden Jahren finden Projekte und Tagungen des Beirates daher vermehrt in Kooperation und mit finanzieller Unterstützung des Integrationsreferates statt.

„Wir werden nicht gehört“ [21]

Gegen Ende der zweiten Arbeitsperiode scheint der anfängliche Elan des Beirates einer gewissen Frustration gewichen zu sein. Immer noch sind die wichtigsten seiner Forderungen für mehr Rechte unerfüllt.

Ein kommunales Wahlrecht ist weiterhin in weiter Ferne und durch die Einrichtung des vom Beirat selbst lange geforderten Integrationsreferates hat der Beirat eher an Bedeutung sowie an budgetären Gestaltungsmöglichkeiten verloren.

Der Beiratsvorsitzende schreibt der eigenen Einrichtung nur mehr eine zahnlose Alibifunktion zu. [22] Andere wiederum wollen eine Reformierung des Wahlsystems, weg von einem demokratischen freien Listensystem zu einem nationalistisch-ethnisch definierten Proporzsystem. [23]



Kamdem, Vorsitzender des Migrantenbeirates, fordert Reformen STUHLHÖFER

„Der Beirat hat nur Alibi-Funktion“

Am 20. Jänner wird auch der Migrantenbeirat neu gewählt. Vorsitzender übt heftige Kritik.

Kleine Zeitung, 4.1.2008

[21] Emmanuel Kamdem in: Megaphon, 1.2008

● [22] Kleine Zeitung, 4.1.08 und Zitiert nach Falter 42/07

● [23] Zitiert nach Falter 42/07 und Megaphon, 1.2008

2008–2013: Die 3. Arbeitsperiode

Erstmals eine Frau an der Spitze des Beirates

Erstmals eine Frau an der Spitze des Beirates

2008–2013: Die 3. Arbeitsperiode

„Für die Umsetzung vieler Ideen und weiterer Projekte, die wir realisieren möchten, sind die genehmigten 17.200 Euro wie ein Tropfen auf dem heißen Stein.“ (Beiratsvorsitzende Svijetlana Podlesnik, 2008) [24]

Gleichzeitig mit den Gemeinde- und Bezirksratswahlen können die wahlberechtigten Nicht-EU-BürgerInnen am 20. Jänner 2008 bei den Grazer Bezirksämtern und Servicestellen ihre Stimme für den Grazer MigrantInnenbeirat abgeben. Nach dem Höchststand von über 14% im Jahr 2003 sinkt die Wahlbeteiligung diesmal auf 11,19%. Von den acht wahlwerbenden Listen definieren sich die meisten wieder über ihre Herkunft bzw. „ethnische“ Gruppenzugehörigkeit. Zwei Wahllisten finden ihre Gemeinsamkeit über die Religionszugehörigkeit. Während die „Christliche Liste“ kein Mandat erreicht, wird die Liste der „Muslimischen Vielfalt“ stimmenstärkste Liste und stellt daher ebenso wie die „Kurdische Liste für Demokratie“ ein Drittel der neu gewählten neun BeiratInnen. Zwar geht die ebenfalls angetretene „Liste Interkultureller Frauen“ leer aus, dennoch sind in dieser Arbeitsperiode erstmals fünf Frauen als Beiratinnen im MigrantInnenbeirat vertreten. Damit stellen sie, nachdem sie in den ersten 12 Jahren



Der neu gewählte Beirat im Jahr 2008

insgesamt nur mit einer einzigen Frau vertreten waren, nunmehr sogar die Mehrheit der gewählten VertreterInnen. Im Unterschied zur Vergangenheit, als BeiratInnen vereinzelt in aufeinander folgenden Arbeitsperioden tätig waren, sind alle Mitglieder des neu gewählten Beirates Neulinge in ihrer Vertretungsfunktion. Kontinuität hingegen herrscht beim Personal der Geschäftsstelle, wo Geschäftsführer Kheder Shadman bereits ab 1992 in der Vorbereitungsarbeit zum Beirat aktiv war. Im Juli 2000 wurde



[24] Aus der Antrittsrede der neuen Beiratsvorsitzenden, zit. nach Megaphon, Juni 2008

Barbara Hofer (verheiratete Kober) zur Sekretärin der Geschäftsstelle bestellt.

In der konstituierenden Sitzung am 6. Mai 2008 wird mit Svijetlana Podlesnik („Allgemeine Kroatische Europaliste“) zum ersten Mal eine Frau zur Vorsitzenden gewählt. Ihr folgt ab Mitte 2010 ihre zweitgereichte Listenkollegin Irena Jurakić als Vorsitzende nach.

Konkrete Bemühungen um eine Strukturreform des MigrantInnenbeirates bereits 2008

Viel geändert hat sich auch im Gemeinderat bzw. der Zusammensetzung der Stadtregierung. Zwar ist es wieder Bürgermeister Nagl, der den neuen Beirat bei der konstituierenden Sitzung begrüßt, doch steht er nun einer schwarz-grünen Regierung vor. Diese hat sich im Bereich Integration viel vorgenommen. Zu den geplanten Vorhaben gehört neben einer Siedlungsbetreuung, einem „Welcomehaus“, einem Willkommenspaket, mehr Deutschkursen und der Einführung von Schulsozialarbeit auch die Aufwertung des Integrationsreferates. Dessen Budget wird im ersten Jahr der neuen Koalition gleich verdoppelt.

Die vom Beirat selbst seit 2003 gewünschte Reform des MigrantInnenbeirates bzw. die in den vorangegangenen Jahren aufgekommene Diskussion über Sinnhaftigkeit bzw. Bedeutung des MigrantInnenbeirates will die Grazer Stadtregierung ebenfalls konkret weiterführen. Bis Jahresende 2008, so steht es im Koalitionsvertrag, soll eine Strukturreform für den MigrantInnenbeirat, unter Einbindung der Betroffenen, fertig gestellt sein und der Beirat, den man in der aktuellen Form für überholt hält, mehr Gewicht bekommen haben.

Der MigrantInnenbeirat ist positiv gestimmt und arbeitet im Frühjahr 2008, unter Einbindung der Integrationsreferentin der Stadt Graz, einen Reformvorschlag aus, der im Juni 2008 von VertreterInnen der Politik, der Verwaltung, von migrantischen Selbstorganisationen und NGOs in einem Workshop diskutiert wird.

Die Workshopbeiträge der ReferentInnen aus Deutschland zeigen, dass die Diskussionen um eine Reform des Grazer MigrantInnenbeirates vergleichbar sind mit jenen um die in Deutschland bereits seit den 1970er Jahren existierenden AusländerInnenbeiräte. So haben diese ebenfalls mit einer sinkenden Wahlbeteiligung zu kämpfen. Ursachen sind eine immer weniger existierende einheitliche Identität als „AusländerIn“. Daneben haben die Beiräte



Workshop zur Reform des MigrantInnenbeirates

Vorschläge für die Strukturreform des Grazer MigrantInnenbeirates

Reformmaßnahmen:

1. Die politische Mitbestimmung und den Stellenwert des MigrantInnenbeirates als Interessensvertretung stärken:

1.1 Einbindung des Beirates in den vorberatenden Gemeinderatsausschüssen: Durch direkte Zusammenarbeit der Gemeinderäte mit den Beiratsmitgliedern in den vorberatenden Gemeinderatsausschüssen soll die politische Beteiligung und Mitbestimmung des Beirates gefördert werden. Vorschläge und Anträge hinsichtlich Migration und Integration sollen gemeinsam erarbeitet und dem Gemeinderat für die Beschlussfassung vorgelegt werden.

1.2 Beschlussfassung im Gemeinderat und im Stadtsenat: Bei Angelegenheiten, die Interessen von MigrantInnen betreffen, muss der MigrantInnenbeirat im Sinne einer besseren Kooperation, rechtzeitig vor Beschlussfassung, im Auftrag der Stadtsenatsmitglieder von den Fachämtern/-referaten konsultiert werden. (...)

1.3 Diskussion und Berichterstattung im Integrationsausschuss: Analog zum Menschenrechtsbeirat wird einmal jährlich im Integrationsausschuss der Bericht zur Lage der MigrantInnen präsentiert. (...)

2. Höhere Wahlbeteiligung forcieren: (...)

Der Grazer MigrantInnenbeirat schlägt daher vor, die Wahlordnung für die Wahl der MigrantInnenbeiräte wie folgt abzuändern:

2.1 Wahlordnung für die Wahl des MigrantInnenbeirates: Aktives Wahlrecht für alle Personen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen sowie für jene Personen, die die Österreichische Staatsbürgerschaft auf Antrag erhalten haben. (...)

Alle BürgerInnen der Gemeinde (und somit auch die eingebürgerten Personen und MigrantInnen der 2. Generation) sollen bei der Wahl des MigrantInnenbeirates passiv wahlberechtigt sein. (...)

2.2 Finanzierung der Wahlvorbereitung und Unterstützung der Wahllisten (...)

2.3 Forcierung der verstärkten Beteiligung von Frauen durch Fördermodelle (...)

2.4 Bessere Vorbereitung der Wahl zum MigrantInnenbeirat (...)

3. Bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit des MigrantInnenbeirates:

3.1 Budget und Finanzen Das Budget des MigrantInnenbeirates setzt sich zusammen aus: Projektbudget, (...) Budget für den Bürobetrieb und Bürobedarf sowie für das Abhalten von Informationsveranstaltungen (...) laut Geschäftsordnung und Landesgesetz, Aufwandsentschädigung für die Beiräte (...)

3.2 Adaptierung der Geschäftsordnung: Rechtlich bedenkliche Passagen aus der vom GR beschlossenen Geschäftsordnung des MigrantInnenbeirates entfernen: Laut § 13 r Abs. (2) LGBl. Stück 20, Nr. 82 hat die Gemeinde den MigrantInnenbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. In der vom Grazer Gemeinderat beschlossenen Geschäftsordnung wurde im § 2 Abs. (2) dieses Recht des MigrantInnenbeirates eingeschränkt. Die Formulierung dort lautet: Angelegenheiten, durch welche die Interesse von ausländischen MitbürgerInnen in besonderem Maße berührt werden, (...) Es wird vorgeschlagen die GO für den MigrantInnenbeirat in Zusammenarbeit mit diesem abzuändern. (...)

4. Einbindung des MigrantInnenbeirates für eine konstruktivere Zusammenarbeit mit der Stadt, insbesondere mit den Abteilungen der Stadtverwaltung, besser gewährleisten:

4.1 „Rechtzeitige Einbindung“ des MigrantInnenbeirates in die Planung von Initiativen und Projekten (...) Die Einbindung muss im Planungsstadium erfolgen.

4.2 Öffentlichkeitsarbeit: Es wird vorgeschlagen (...) Platz in der BIG zur Verfügung zu stellen bzw. 2x im Jahr eine BIG - MigrantInnen herauszugeben.

(Stand April 2010, Auszug)

durch die Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-BürgerInnen und vermehrte Einbürgerungen ihr ursprüngliches Monopol als Sprachrohr bzw. politische Vertretung von MigrantInnen verloren. [25] Die erarbeiteten Reformvorschläge werden um die Jahresmitte 2008 im neu konstituierten „Gemeinderatsausschuss für Integration, Menschenrechte und Internationale Beziehungen“ präsentiert und Anfang Oktober 2008 an den Grazer Bürgermeister als politisch Verantwortlichen übergeben. Danach geht in der Angelegenheit allerdings wenig weiter. Es gibt zwar wiederholt Gespräche mit politischen RepräsentantInnen der Stadt und mehrere Nachfragen des Beirates in den Jahren 2009 und 2010. Nachdem diese von der Stadtpolitik unbeantwortet bleiben, startet der Beirat im April 2010 einen erneuten Versuch. Man überarbeitet ein letztes Mal die Reformvorschläge zur Verbesserung der Arbeit des Beirates und möchte dieses Reformpapier noch vor dem Sommer 2010 im Gemeinderat behandeln. Schließlich bleibt auch dieser Reformvorschlag unbehandelt.

Während im Bereich der Beiratsreform nichts Konkretes umgesetzt werden kann, gibt es zumindest neue Büroräumlichkeiten. 2011 zieht der MigrantInnenbeirat in das so genannte „Welcome-Haus“ in der Keesgasse und arbeitet nun Tür an Tür mit dem ebenfalls hierher übersiedelten Integrationsreferat der Stadt Graz. Nicht umgesetzt im neuen „Welcome-Haus“ wird der Wunsch des Beirates nach Veranstaltungsräumlichkeiten, die von migrantischen Vereinen mit Raumbedarf genützt werden könnten.

Stadt und Land: Ausarbeitung von Integrationsstrategien

Immer noch offen ist 2008 die langjährige Forderung des MigrantInnenbeirates nach einer Ausarbeitung einer breit angelegten Integrationsstrategie für

die Stadt Graz. Diese wird vom Integrationsreferat erarbeitet und – um Änderungs- und Ergänzungsvorschläge des Beirates ergänzt – von der Regierungskoalition im Jänner 2011 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Auf kommunaler Ebene kann sich der Beirat weiters im Gemeinderatsausschuss einbringen und durch das Verfassen von jährlich durchschnittlich elf Stellungnahmen in Migrationsfragen die städtische Verwaltung beraten. Bereits im Frühjahr 2008 startet das Land Steiermark mit einer breit aufgestellten Integrationsplattform und mit dem Ziel der Erarbeitung eines Integrationskonzepts für das Land. Edith Abawe, Beirätin im Grazer MigrantInnenbeirat, wird dabei zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Das Mitte 2010 bereits fertig ausgearbeitete Integrationsleitbild für die Steiermark, an dem der MigrantInnenbeirat innerhalb der Steirischen Integrationsplattform mitgearbeitet hat, wird von der Landespolitik jedoch nicht beschlossen, um das Thema Integration nicht kurz vor der Landtagswahl im Herbst 2010 in die Schlagzeilen zu bringen. Die Befürchtung des MigrantInnenbeirates, dass das Thema der Migration erst recht wieder radikalen politischen Kräften überlassen wird, erweist sich in der Folge als richtig.

Der Kampf gegen Alltagsrassismus bleibt

Wozu manche dabei im Stande sind, zeigt etwa die Explosion eines Sprengkörpers vor der Grazer AsylwerberInnenunterkunft in der Mitterstraße oder das FPÖ-Shootingspiel „Moschee baba!“

Für den Beirat sind für die rassistische Stimmung außerdem jene Parteien indirekt mitverantwortlich, die sich passiv verhalten und nicht offen Stellung für Integration und kulturelle Vielfalt beziehen. Der Kampf gegen Alltagsrassismus und Diskriminierungen bleibt ein Dauerthema für den Beirat.

- [25] Vgl. Miguel Vicente: Aktuelle Entwicklungen der Ausländer- und Integrationsbeiräte in Deutschland, Workshop
- „Strukturreform des Grazer MigrantInnenbeirates“ am 28. Juni 2008 in Graz



www.merkur.de, 2.10.2010

Im Landtagswahlkampf 2010 lässt die FPÖ im Internet virtuell auf Moscheen schießen

Vermehrt rückt dabei das Thema Religionsfreiheit in den Fokus (mit bedingt durch die Diskussionen rund um die Baupläne für eine große Moschee in Graz). So wird die Aussage des Grazer Polizeichefs, der vor einer „muslimischen Unterwanderung“ warnt, vom Beirat im November 2011 heftig kritisiert.

Tag der offenen (Vereins-)Türen

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Beirates in dieser Arbeitsperiode sind Projekte, die sich der Verbesserung des Zusammenlebens vor Ort in den Stadtteilen widmen und einhergehen mit einer Aufwertung und Professionalisierung der Arbeit in den Grazer migrantischen Selbstorganisationen. Erstmals im Oktober 2008 findet der „Tag der offenen (Vereins-)Türen“ statt. Das Konzept, bei dem ab nun in jedem Jahr andere migrantische Selbstorganisationen einige Stunden



An den Tagen der offenen (Vereins-)Türen nehmen immer wieder politische VertreterInnen von Stadt und Land teil





lang ihre Türen öffnen und besucht werden können, geht auf. Im Jahr 2010 wird diese Möglichkeit schon von rund 500 NachbarInnen, StadtteilbewohnerInnen und weiteren interessierten GrazerInnen genutzt und damit ein nachhaltiger Beitrag zum Zusammenleben vor Ort und zum Abbau von Unsicherheiten geleistet.

„Zusammenhalt fördern und Handlungsfähigkeit stärken“

Sehr breit angelegt ist das EU-Projekt „Mariantal – Zusammenhalt fördern und Handlungsfähigkeit stärken“, das von 2008 bis 2010 in Graz, im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz und im holländischen Utrecht durchgeführt wird. Dabei



Diskussionsrunde im Rahmen des Projekts „Mariantal“



Projektworkshop zu „Aspekte der sozialen Ausgrenzung“



Informationsveranstaltung beim serbischen Kulturverein, 2010

werden in acht (von den insgesamt an die 70) Grazer Selbstorganisationen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf Weiterbildungen zu Projektarbeit, Präsentation und Diskussionstechnik durchgeführt. Diese Workshops, an welchen über 250 MigrantInnen teilnehmen, werden sehr gut angenommen, auch da sie von den MigrantInnen selbst mitorganisiert werden. Indem von jeder teilnehmenden migrantischen Organisation zwei Kontaktpersonen (jeweils ein Mann und eine Frau) für die Kommunikation mit der Politik, den Behörden und für die Stadtteilarbeit ausgewählt werden, soll

nachhaltig die sozialräumliche Arbeit im Stadtteil gestärkt werden. Daneben thematisiert das Projekt in mehreren Diskussionsrunden unterschiedliche Aspekte sozialer Ausgrenzung sowie Aspekte der Stadtteilarbeit, des Arbeitsmarktes und der Bildung. Ergebnis ist unter anderem die Ausarbeitung eines ausführlichen Maßnahmenkatalogs für die Grazer Kommunalpolitik. Diese Maßnahmen ähneln jenen, die bei den jährlichen Informationsveranstaltungen vom Beirat erarbeitet werden und die teilweise sehr konstanten Problemlagen von Grazer MigrantInnen aufzeigen.

Handlungsbedarf und Maßnahmenempfehlungen:

Wohnen: Leistbares Wohnen durch finanzielle Unterstützung für Kautions- und Provision, Beibehaltung der Wohnbeihilfe, Renovierung von sanierungsbedürftigen Wohnungen. Kostenlose Beratung für MigrantInnen, gegen Diskriminierungen von MigrantInnen am Wohnungsmarkt inkl. Sanktionsmöglichkeiten. **Wohnumfeld, Stadtteil, Stadtentwicklung:** Für benachteiligte Bezirke (v.a. Lend und Gries): Verminderung der Lärm- und Luftbelastung, bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, Verbesserung der Straßenreinigung, mehr Sportplätze und Angebote an und in Parks, mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Nachbarschaften. Eindämmung von Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum. **Arbeit:** Höhere Geringfügigkeitsgrenze für Studierende und besserer Zugang für StudentInnen aus Nicht-EU-Ländern. Gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Vereinfachte Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen (Nostrifikation). Unterstützung bei der Arbeitsplatz- bzw. Lehrstellensuche, insbesondere für Jugendliche. Verstärkte Beratung hinsichtlich (Weiter-)Qualifizierung und Förderung der Sprachkompetenz. Keine schlechtere Bezahlung

für gleiche Arbeit. **Staatsbürgerschaft:** Gesetzliche Erleichterungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft und Kostenreduzierung für die Verleihung. Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften. Gegen den Generalverdacht der Scheinehe. **Bildung, Schule:** Sprachkompetenzförderung für Kinder im Vorschulalter (für alle, die es brauchen). Keine Diskriminierung von MigrantInnenkindern in der Schule. Antirassistische Schulprojekte. Leistbare Unterstützungsangebote für Schulkinder mit Förderbedarf. Erhöhung des Anteils von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch in den AHS. Unterstützung der LehrerInnen in Stadtteilen mit sozioökonomischen Defiziten. Stärkung der interkulturellen und sozialen Kompetenz von LehrerInnen. Verstärkte Elternarbeit inkl. besserer Information zu Ausbildungsmöglichkeiten. **Asyl, Flüchtlinge:** Novellierung des Asylgesetzes, faire und kürzere Verfahren unter Bewahrung der Menschenrechte, bessere Rechtsinformation der AsylwerberInnen, verbesserte Betreuung von AsylwerberInnen, Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen mit längerem Asylverfahren. **Frauen:** Bedarfsorientierte Angebote betreffend Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung sowie Berufsorientierung. Gegen die Diskriminierung von Frauen aufgrund ihrer Herkunft bzw. Bekleidung. Stärkung der sozialen

Netzwerke der Frauen. **Jugend:** Hilfestellung bei Lehrstellensuche und Berufsorientierung. Aus- und Weiterbildung für jugendliche SchulabrecherInnen. Informationsarbeit über Drogen und Sucht. Mehr Angebote für Freizeitgestaltung und Förderung von Kontakten unter Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in Parks und auf Sportplätzen. **Unterstützung der Vereine:** Unterstützung bei Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Finanzielle Unterstützung der gemeinwesenorientierten Arbeit von Vereinen. Einbindung von MigrantInnenvereinen in Netzwerke. Bessere Information betreffend Alltagsleben, um das Zusammenleben zu fördern. **Rassismus, Diskriminierung:** Gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, in Ämtern, beim Zutritt zu Lokalen, in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Wohnsiedlungen. Gegen Diskriminierung der MigrantInnen durch politische Parteien. Unterstützung für Opfer von Diskriminierung und rassistischen

Übergriffen. Schulungen der MitarbeiterInnen der Verwaltung. Schulprojekte zu Migration und Vorurteilen. **Aufenthalt, Niederlassung und politische Mitbestimmung:** Erleichterungen beim Aufenthaltsgesetz und Kostensenkung für Verlängerung des Aufenthaltsrechts. Wahrung des Rechts auf Familie (Erleichterung von Besuchen und Familienzusammenführung). Mehr MigrantInnen in den politischen Parteien und Unterstützung durch Gemeinderat und Landtag für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen auf Bundesebene. **Gesundheit:** Verbesserte Informationsarbeit über Gesundheitssystem und Angebote, günstigere Medikamente, mehr qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund und DolmetscherInnen im Gesundheitswesen. Berücksichtigung der Krankengeschichte der PatientInnen im Herkunftsland.

(vgl. Bericht über die Lage der MigrantInnen in Graz, 2012, S. 3-6)

„MigrantInnen und Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich“

Ebenfalls in intensiver Zusammenarbeit mit Grazer Selbstorganisationen führt der Beirat in den Jahren 2010–12 in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds, dem Frauenhaus Graz und dem Gewaltschutzzentrum Steiermark ein Projekt durch. FachexpertInnen führen dabei in mehreren Selbstorganisationen mit den TeilnehmerInnen eine offene Diskussion über Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Durch den Beirat können die Beratungseinrichtungen so Zugang finden zu einer für sie ansonsten schwer erreichbaren Zielgruppe. Vertiefend werden ausgewählte TeilnehmerInnen (Frauen und Männer) als MultiplikatorInnen der Communities eingeschult. Neben einem ebenfalls

Infoveranstaltungen, Kleingruppentreffen und MultiplikatorInnenschulungen im Projekt „MigrantInnen und Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich“





ausgearbeiteten mehrsprachigen Informationsblatt sollen sie nach Projektende nachhaltig als Kontakt- bzw. Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen und Gewaltopfer in Zukunft bei der Nutzung professioneller Hilfsangebote unterstützen.

Herbst 2012: ein neuer Geschäftsführer und eine vorgezogene Wahl

Nach über 15 Jahren als Geschäftsführer und ebenfalls starker inhaltlicher Mitarbeit im Ausländer- bzw. MigrantInnenbeirat wechselt Kheder Shadman ins Integrationsressort des Landes Steiermark. Ihm folgt ab Oktober 2012 Godswill Eyawo, der ebenfalls auf eine langjährige Erfahrung in der Arbeit mit Migrationsthemen in Graz zurückblicken kann und dem Beirat bereits von Beginn seiner Tätigkeit an verbunden war.

Im November 2012 kommt es nach dem Ende der ÖVP-Grüne-Koalition im Grazer Gemeinderat zur Vorverlegung der Gemeinderatswahl. Damit wird auch der neue MigrantInnenbeirat zwei Monate früher als gedacht gewählt. Doch die Vorbereitungen für die Wahl des MigrantInnenbeirates beginnen bereits frühzeitig im Frühjahr 2012. Mit mehrsprachigen Informationsblättern, Transparenten und Info-Veranstaltungen in den Räumlichkeiten der MigrantInnenvereine sollen möglichst viele zur Kandidatur ermuntert und die Wahlbeteiligung wieder erhöht werden. Plakate im öffentlichen Raum und 10.000 verteilte Einkaufswagenchips sollen die Bedeutung der Wahl zum MigrantInnenbeirat für die übrigen BürgerInnen in der Stadt aufzeigen.

**10.000 Stück
Einkaufswagenchips für
die Wahlwerbung**



seit 2013: Die 4. Arbeitsperiode

Für eine zeitgerechte Weiterentwicklung
des Beirates

Für eine zeitgerechte Weiterentwicklung des Beirates

seit 2013: Die 4. Arbeitsperiode

„Integration bedeutet laut Duden ‚Zusammenführen zu etwas Neuem‘. Und das machen wir in Graz, wir wollen zusammenführen, etwas Neues schaffen, denn das braucht jede Gemeinschaft. Wir denken nicht in Nationen, sondern an die Menschen und wollen auch in den nächsten Jahren gut zusammenarbeiten!“ (Bürgermeister Siegfried Nagl, 2013) [26]

Trotz der intensiven Wahlvorbereitung sank die Wahlbeteiligung bei der bisher letzten Wahl für den MigrantInnenbeirat im November 2012 weiter und liegt nunmehr bei 9,12%. Dies entspricht 2072 abgegebenen Stimmen. Nachdem sie in der letzten Arbeitsperiode die Mehrheit stellten, sind nun ein Drittel der neun BeirätInnen weiblich. Zwei Mitglieder des neuen MigrantInnenbeirates waren

Der neue MigrantInnenbeirat bei seiner konstituierenden Sitzung



[26] Im Rahmen eines Empfangs für Mitglieder des MigrantInnenbeirates beim Bürgermeister am 4. Februar 2013.



Das Projekt „Operation Vote“ spricht EU-BürgerInnen auch im öffentlichen Raum an (hier mit Unterstützung durch Stadtrat Kurt Hohensinner)

zudem bereits in der letzten Amtsperiode als Beiräte tätig. Von den 12 angetretenen Listen definiert sich ein Drittel über einen religiösen Kontext, sieben über einen selbstethnisierenden Zusammenhang und erstmalig ist eine Liste ident mit einer bei der Gemeinderatswahl wahlwerbenden Gruppierung („Die Piratenpartei Graz“). Fünf Listen schaffen den Einzug in den Beirat, wobei alleine die Kurdische Liste vier Beiratssitze erringen kann. Auf Seiten der Stadtpolitik hat die politische Verantwortung gewechselt. Nachdem das Thema der Integration über lange Jahre beim Bürgermeister angesiedelt war, wird es nun Teil der Abteilung

Bildung und Integration. Hier folgt im Jänner 2014 auf ÖVP-Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg der schon zuvor als Gemeinderat mit der Materie befasste Kurt Hohensinner als Stadtrat für Bildung, Integration und Sport.

Bei der konstituierenden Sitzung des Beirates am 6. März 2013 wird mit Emrah Alabay das erste Mal ein Vertreter der „Kurdischen Liste für Demokratie“ einstimmig zum Vorsitzenden des neunköpfigen Beirates gewählt. Neben der Arbeit mit den Vereinen und den Schwerpunkten Bildung und Arbeit betont das im Juni 2013 präsentierte Arbeitsprogramm für die laufende Arbeitsperiode die Wichtigkeit des

Abbaus von Rassismen und Vorurteilen. Dabei soll sowohl die Bevölkerung mit als auch jene ohne Migrationshintergrund einbezogen werden.

„Operation Vote“ für mehr politische Partizipation

Die bis heute nicht umgesetzten Vorschläge des Grazer MigrantInnenbeirates für eine Reform des Beirates enthalten u. a. eine Neudefinition der Zielgruppen. Bisher sind dies jene Grazer BürgerInnen, welche aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft (keine österreichische bzw. EU-Staatsbürgerschaft) vom kommunalen Wahlrecht zur Gänze ausgeschlossen sind. Geht es nach den Reformideen für eine Neuausrichtung des Beirates, so sollte der MigrantInnenbeirat in Zukunft auch jene MigrantInnen bzw.

GrazerInnen mit Migrationsgeschichte mit einbeziehen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft inzwischen erworben haben bzw. EU-BürgerInnen sind. Denn trotz bestehenden kommunalen Wahlrechts nehmen viele der EU-BürgerInnen ebenfalls nur unzureichend an der Grazer Kommunalpolitik teil. Genau diese Gruppe will das von 2012 bis 2014 international durchgeführte Projekt „Operation Vote“ ansprechen und durch eine Kampagne (inklusive Veranstaltungen und Infoständen in der Herrngasse) deren Teilnahme bei den europäischen Parlaments- und Gemeinderatswahlen in den Zuwanderungsgesellschaften heben. Außer in Österreich findet das Projekt in Italien, Portugal, Spanien und Schweden statt. Neben der Kampagnen- und Lobbyarbeit soll eine europäische Vergleichsstudie die politische Partizipation von im Land lebenden EU-MigrantInnen analysieren und gemeinsame

Eine große bunte kulturelle Vielfalt an einem Ort



Vorschläge für mehr politische Mitbestimmung von MigrantInnen formulieren.

Als Erfolg ist es anzusehen, dass sich schließlich über 1.000 in Graz lebende EU-BürgerInnen (darunter alleine 600 deutsche Staatsangehörige) 2014 in die WählerInnen-Evidenz für die Europawahlen eintragen lassen. Damit hat sich ihre Anzahl im Vergleich zur letzten Europawahl beinahe verdoppelt.

„Bunte Vielfalt Graz“ auf einem Fleck

Nachdem der Tag der offenen (Vereins-)Türen seit 2008 jährlich sehr erfolgreich in Einrichtungen von migrantischen Selbstorganisationen durchgeführt wurde, geht der neue Beirat einen neuen Weg und präsentiert ab dem Jahr 2014 den „Tag der offenen Vereinstür“ in einem neuen Gewand. Unter dem Motto: *„Beim Red'n komman die Leit z'samm“* stellen sich acht der rund 70 migrantischen Selbstorganisationen als Teil der alltäglichen „Bunten Vielfalt Graz“ im öffentlichen Raum von Graz vor. Im Unterschied zur bisherigen Umsetzung sollen BesucherInnen so die niederschwellige Möglichkeit haben, alle sich vorstellenden Vereine an einem Ort am selben Tag kennen zu lernen und die Vielfalt migrantischer Vereine und ihrer Kulturen als integrativen Teil der „Kulturhauptstadt“ Graz hautnah zu erleben. Mit dieser Veranstaltung, samt Musik aus aller Welt, traditionellen Performances, interkulturellen, kulinarischen Köstlichkeiten und vielen VertreterInnen der Vereine sowie der Stadt- und Landespolitik schließt man an jene Tradition der Jahresabschlussfeste an, die zu Beginn des Beirates jährlich und erfolgreich abgehalten wurden.

Die Veranstaltung „Begegnung am Mariahilferplatz – Bunte Vielfalt Graz“ fungiert daneben als Begegnungsmöglichkeit für verschiedene Grazer Bevölkerungsgruppen. Ein wichtiges Ziel der Veranstaltung ist daher der Abbau von Vorurteilen und Ängsten durch Austausch und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens durch Begegnung.

Verstärkte Vernetzung untereinander

Die Arbeit mit den Vereinen und Communities der MigrantInnen bleibt, laut dem im Juni 2013 beschlossenen Arbeitsprogramm, weiterhin einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche des MigrantInnenbeirates. Die Informationsveranstaltungen dienen auch weiterhin dem Austausch und der Bestandsaufnahme jener lebensweltlichen Bereiche, in welchen Maßnahmen und Verbesserungen notwendig sind. Daneben haben die neuen BeiratInnen in den letzten Jahren viele Gespräche mit Behörden, Einrichtungen und NGOs geführt, um sich noch intensiver zu vernetzen und die Kooperationen zu verstärken.

Zur Umsetzung des Arbeitsschwerpunkts der besseren Vernetzung und dem Kennenlernen der migrantischen Vereine untereinander dient die *„1. Konferenz der Grazer MigrantInnenvereine und Selbstorganisationen“* im Mai 2015. Dabei kommen im Jubiläumsjahr des Beirates zum ersten Mal die VertreterInnen migrantischer Vereine und Selbstorganisationen in Graz in einer gemeinsamen Veranstaltung zusammen und machen damit ihre unverzichtbare Rolle für die politische Partizipation und Mitbestimmung der MigrantInnen in Graz für sich selbst und für die Grazer Bevölkerung sichtbar.



Die Konferenz zeigt das große Spektrum der Grazer MigrantInnenvereine und Selbstorganisationen



Sommer 2015: Emrah Alabay (links) wird von Jakša Buljubašić (rechts) als Vorsitzender des MigrantInnenbeirates abgelöst

Ebenfalls als Teil der Umsetzung einer verstärkten Vernetzung der zahlreichen Aktivitäten informiert der Beirat seit Jahresbeginn 2014 mittels eines eigenen digitalen und gedruckten Newsletters über politische, kulturelle, soziale, religiöse und Bildungs-Aktivitäten in Graz im Zusammenhang von und für MigrantInnen. Darin spiegelt sich jene große Vielfalt an Organisationen und Einrichtungen wider, welche in Graz im Bereich der inter- und transkulturellen Arbeit tätig sind.

Weiterarbeit an Strategien und Reformen

Im Jahr 2015 kann man auf kommunaler Ebene bei der im Juni 2015 im Gemeinderat beschlossenen neuen Integrationsstrategie des Bildungsressorts

wichtige Ergänzungen und Änderungsvorschläge einbringen. So wird ab Herbst 2015 – auf Anregung des Beirates – eine eigene Arbeitsgruppe an dieser beschlossenen Strategie der Stadt Graz weiterarbeiten.

Es gibt in Zukunft noch viel zu tun

Für die restliche Arbeitsperiode hat der Beirat unter dem neuen Vorsitzenden Jakša Buljubašić von der Kroatianischen Liste (er folgt im Juni 2015 Emrah Alabay, der seinen Vorsitz aus beruflichen Gründen zurücklegen musste) noch viel vor. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Weiterarbeit und, wenn möglich, Umsetzung der längst überfälligen und politisch in den letzten Jahren stark vernachlässigten Strukturreform des Grazer MigrantInnenbeirates. Damit verbunden sind inhaltliche Neuorientierungen und ein notwendiger breiter politischer Diskurs um Fragen der Partizipation und Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft durch und mit MigrantInnen.

Hinsichtlich der Wahl des MigrantInnenbeirates im Jahr 2017 ist man bemüht, wieder sehr frühzeitig mit der Wahlvorbereitung zu beginnen, um das Ziel einer Steigerung der Wahlbeteiligung zu erreichen. Dazu gehört auch das Bemühen, weg zu kommen von Wahllisten, die sich ausschließlich über ihre Herkunft, Religion oder ihr Ethno-Selbstverständnis definieren. Gewünscht sind Wahllisten, welche sich über thematische Ausrichtungen unterscheiden. Um dies zu erreichen, sollen neben Sensibilisierungsveranstaltungen verstärkt Workshops zur politischen Bildung abgehalten werden.

Wahlergebnisse
Beiräte und Beirätinnen 1996–2015
MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle

Wahlergebnisse

	Stimmen	Anteil	Mandate
Wahl 1995			
Anatolien Liste		13,00%	1
Arabische-Mittelmeer Liste		*	0
Bosna		17,00%	1
Dialog		*	0
Erste Afrikanische Liste		11,00%	1
Kroatische Liste		14,00%	1
Kurdische Liste für Gerechtigkeit		27,00%	3
Liste Internationaler Frauen		*	0
Zukunft		*	0
			7
Wahl 2003			
Allgemeine Kroatische Europaliste	386	15,37%	1
Serbische Liste	253	10,07%	1
Kurdische Liste für Demokratie	418	16,64%	2
Islamische Kulturzentren	592	23,57%	3
Arabische Liste	111	4,42%	0
Afrikanische Liste	328	13,06%	1
Kosovo Liste	114	4,54%	0
Ungarische Internationale Liste	28	1,11%	0
Internationale Liste	216	8,60%	1
Anatolischer Kulturverein	66	2,63%	0
	2512		9

Wahl 2008

Allgemeine Albanische Liste	142	6,80%	0
Allgemeine Kroatische Europaliste	394	18,80%	2
Serbische Liste	74	3,50%	0
Afrikanische Liste	269	12,80%	1
Muslimische Vielfalt	561	26,80%	3
Kurdische Liste für Demokratie	442	21,10%	3
Liste Interkultureller Frauen	102	4,90%	0
Christliche Liste	110	5,30%	0
	2094		9

Wahl 2012

Kroatische Liste	308	15,17%	2
Afrikanische Liste	215	10,59%	1
Serbischer Kulturverein „Sveti Sava“	102	5,02%	0
Verein für Integrationsangelegenheiten Humaniter und Kultur – Stublla	87	4,29%	0
Islamischer Verein für Einheit und Frieden	180	8,87%	1
Kurdische Liste für Demokratie	546	26,90%	4
Verein der Bosniaken Liste	84	4,14%	0
Union Grazer Muslime	118	5,81%	0
Iranisch-Österreichische Kulturinitiative	32	1,58%	0
Islamisches Kulturzentrum Graz	199	9,80%	1
Piratenpartei Graz	97	4,78%	0
Armenische Kirchengemeinde Graz	62	3,05%	0
	2030		9

* ... keine Daten vorhanden

Beiräte und Beirätinnen 1996–2015

Name / Liste	von–bis	Funktion	Periode
Frau Mag. Edith Abawe / Afrikanische Liste	2008–2012		2008–2013
Herr Remzi Aker / Kurdische Liste	2000–2003		1996–2003
Herr DI Emrah Alabay / Kurdische Liste	2008–2012	2. Stellvertreter	2008–2013
	seit 2012	Vorsitzender bis 2015, 1. Stellvertreter ab 2015	2012–2017
Herr Ramazan Arslan / Kurdische Liste für Demokratie	2004–2008	2. Stellvertreter	2003–2008
Frau Ceylan Balcı / Kurdische Liste	2008–2012		2008–2013
Herr Milan Bionda / Liste Bosna	1996–2003	Vorsitzender	1996–2003
Herr DI Savo Bojanić / Serbische Liste	2003–2008		2003–2008
Herr Jakša Buljubašić / Kroatische Liste	seit 2012	1. Stellvertreter, Vorsitzender ab 2015	2012–2017
Herr Harun Çamcı / Liste Islamische Kulturzentren	2003–2008	1. Stellvertreter	2003–2008
Frau Edina Čokić / Liste Islamisches Kulturzentrum	seit 2012		2012–2017
Frau Tulay Coşkun / Kurdische Liste für Demokratie	2007–2008		2003–2008
Herr Mehmet Ali Demir / Anatolische Liste	2002–2003		1996–2003
Herr Ecevit Dölek / Kurdische Liste	2008–2010		2008–2013

Herr Kemal Göreş / Kurdische Liste	1996–2000		1996–2003
Frau Mag. Amra Hujdurović–Serdarević / Muslimische Vielfalt	2008–2011		2008–2013
Frau Irena Jurakić / Allgemeine Kroatische Europaliste	2008–2012	Vorsitzende ab 2010	2008–2013
Herr Sait Karabaçak / Kurdische Liste	1996–2003	Vorsitzender–Stellvertreter	1996–2003
	2003		2003–2008
Herr Ulaş Karabulut / Kurdische Liste	2015		2012–2017
Frau Gülçan Karademir / Kurdische Liste für Demokratie	2003–2004	2. Stellvertreterin	2003–2008
Frau Melda Kaya / Anatolische Liste	1996	Ersatzmitglied	1996–2003
Herr Ramazan Kaya / Anatolische Liste	2000–2002		1996–2003
Herr Ömer Kılıç / Liste Islamische Kulturzentren	2003–2006		2003–2008
Herr Yakup Kilicibüyük / Muslimische Vielfalt	2011–2012		2008–2013
Herr Özgür Kiyak / Kurdische Liste	seit 2012		2012–2017
Herr Gordan Kljajić / Kroatische Liste	1996		1996–2003
Herr Yusuf Koça / Muslimische Vielfalt	2008–2012		2008–2013
Herr Niki Komla / 1. Afrikanische Liste	1999–2003		1996–2003
Frau Akben Küçükkyasar / Kurdische Liste für Demokratie	2004–2008		2003–2008
Herr Sezgin Küçükkyasar / Kurdische Liste	2010–2012		2008–2013
	seit 2012		2012–2017
Frau Pinar Kütük / Kurdische Liste	2012–2014		2012–2017
Herr Rade Lukić / Allgemeine Kroatische Europaliste	2003–2008		2003–2008

Herr Sharif Mohammadi / Afghanische Liste	seit 2014		2012–2017
Herr Emmanuel Kamdem Mou Poh á Hom / Afrikanische Liste	2003–2008	Vorsitzender	2003–2008
Herr Dejan Nikić / Kroatische Liste	seit 2012		2012–2017
Herr Fred Ohenhen / 1. Afrikanische Liste	1996	Vorsitzender 1996–1997	1996–2003
Frau Magdaline Okumu–Hartwig / Afrikanische Liste	seit 2012	2. Stellvertreterin	2012–2017
Herr Mag. Victor Okundaye / 1. Afrikanische Liste	1999		1996–2003
Herr Lawrence Onoabhagbe / 1. Afrikanische Liste	2000–2003		1996–2003
Herr Ismet Öztürk / Internationale Liste	2003–2008		2003–2008
Frau Svijetlana Podlesnik / Allgemeine Kroatische Europaliste	2008–2012	Vorsitzende bis 2010	2008–2013
Frau Hedija Purković / Liste Bosna	1996	Ersatzmitglied	1996–2003
Herr Reçep Sekin / Kurdische Liste	1996–2000		1996–2003
Herr Osman Nuri Sönmezay / Muslimische Vielfalt	2008–2012	1. Stellvertreter	2008–2013
Herr Hamza Süslü / Kurdische Liste	2000–2003		1996–2003
Herr Celal Ünal / Anatolische Liste	1996		1996–2003
Herr Fatih Ünal / Liste Islamische Kulturzentren	2003–2008		2003–2008
Herr Ante Vidak / Kroatische Liste	2000–2003		1996–2003
Herr Taçettin Yazar / Liste Islamische Kulturzentren	2006–2008		2003–2008
Herr Fereyduñ Zahedi / Afghanische Liste	2012–2014		2012–2017

MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle

Geschäftsführung

1996 bis 2012: DI Kheder Shadman
Seit 2012: Mag. Godswill Eyawo, MA

Sekretariat

1998 bis 2000: Marion Gringinger
Seit 2000: Barbara Hofer, verh. Kober
2012 bis 2014: Rosemarie Bauer
Seit 2015: Senida Alibegović

Bildnachweise

Seite 04, 05, 06, 07, 56: Graz / Foto Fischer
Seite 52: Stadt Graz / Sonja Tautscher
Weitere Abbildungen: MigrantInnenbeirat / privat



MigrantInnenbeirat der Stadt Graz

Keesgasse 6, 8010 Graz • +43 316 872-2190 und -2191
www.graz.at/migrantInnenbeirat • mb.graz@stadt.graz.at